Nachruf des Genossen Teng Hsiao-ping auf der Trauerfeier zu Ehren des Genossen Tschou En-lai

Seite 9

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 5 vom 31. Januar 1976 | 10. Jahrgang | 50 Pfennig

Ein durch und durch kapitalistisches Programm

Nieder mit der SED

„*Entwurf des neuen Programms der SED veröffentlicht! Die große Aussprache beginnt!*" Unter dieser Überschrift konnten die Werktätigen der DDR am 14. Januar im „Neuen Deutschland" lesen, wie die SED in Zukunft versuchen will, ihnen ein X für ein U vorzumachen. Das ZK der SED hat mit der Ausarbeitung dieses neuen Programmentwurfs sicherlich vor keiner leichten Aufgabe gestanden. In der DDR ist der Kapitalismus längst wieder vollständig hergestellt. Die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR werden durch die russische Monopolbourgeoisie und die neue Bourgeoisie der DDR brutal unterdrückt und ausgebeutet. Um das als „Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft" auszugeben, wie es der SED-Programmentwurf versucht, muß man schon große Anstrengungen unternehmen, um den wissenschaftlichen Sozialismus von Grund auf zu verfälschen und in sein Gegenteil zu kehren.

Im folgenden Artikel wollen wir aufzeigen, daß der neue Programmentwurf der SED nichts mit den Auffassungen des Marxismus-Leninismus über den Sozialismus als revolutionäre Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus gemein hat. Der neue Programmentwurf ist vielmehr von vorn bis hinten das Produkt der revisionistischen Ideologie der russischen Sozialimperialisten und der neuen Bourgeoisie der DDR. In der nächsten Nummer des ROTEN MORGEN werden wir darauf eingehen, wie der neue Programmentwurf auch die nationalen Interessen unseres Volkes vollständig verrät und die Versklavung der DDR durch den russischen Sozialimperialismus untermauert.

Die russischen Sozialimperialisten und die Honecker-Clique erklären, die DDR sei eine „*entwickelte sozialistische Gesellschaft*". Was aber ist das für eine „*entwickelte sozialistische Gesellschaft*", in der die Arbeiterklasse und alle Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden? — In 10 Punkten versuchen die DDR-Revisionisten darzustellen, was „*entwickelte sozialistische Gesellschaft*" eigentlich heißt. In keinem dieser 10 Punkte aber ist davon die Rede, daß in einer sozialistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse herrscht, daß sie die Diktatur über die Bourgeoisie ausübt, daß der sozialistische Staat nichts anderes sein kann als die Diktatur des Proletariats. An anderer Stelle des Entwurfs taucht der Begriff der Diktatur des Proletariats zwar auf, aber ohne jede marxistische Bedeutung. Hier liegt der Kern der Verfälschung des Marxismus-Leninismus. Die SED-Revisionisten erkennen nicht nur die Diktatur des Proletariats nicht an, sie erkennen nicht einmal den Klassenkampf an. Der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie findet in der DDR laut SED-Programmentwurf nicht statt. Es gibt nur noch die „*Annäherung aller Klassen und Schichten*".

Was bedeutet diese Verfälschung des Marxismus-Leninismus in der Praxis? — Der Marxismus-Leninismus lehrt, daß mit dem Sturz der Kapitalistenklasse, der Zerschlagung des kapitalistischen Staates und der Errichtung der Diktatur des Proletariats durch die sozialistische Revolution der Klassenkampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie keineswegs beendet ist. Es hat lediglich das Vorzeichen gewechselt. Die ehemals unterdrückte Klasse, die Arbeiterklasse, ist nun die herrschende Klasse, und die vor der proletarischen Revolution herrschende Klasse, die Kapitalistenklasse, ist nun die unterdrückte Klasse. Darum, weil die Bourgeoisie mit aller Kraft dem Proletariat die Macht wieder entreissen will, ist die Diktatur des Proletariats notwendig. Lenin schreibt dazu: „*Die Diktatur des Proletariats ist der aufopferungsvollste und schonungsloseste Krieg der neuen Klasse gegen einen mächtigeren Feind, gegen die Bourgeoisie, deren Widerstand sich durch ihren Sturz [sei es auch nur in einem Lande] verzehnfacht und deren Macht nicht nur in der Stärke des internationalen Kapitals, in der Stärke und Festigkeit der internationalen Verbindungen der Bourgeoisie besteht, sondern auch in der Macht der Gewohnheit, in der Stärke der Kleinproduktion. Denn Kleinproduktion gibt es auf der Welt leider noch sehr, sehr viel; die Kleinproduktion aber erzeugt unausgesetzt, täglich, stündlich, elementar und im Massenumfang Kapitalismus und Bourgeoisie. Aus allen diesen Gründen ist die Diktatur des Proletariats notwendig, und der Sieg über die Bourgeoisie ist unmöglich ohne einen langen, hartnäckigen, erbitterten Krieg auf Leben und Tod, einen Krieg, der Ausdauer, Disziplin und Festig-*



„Für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland". Diesen Kampf führt unsere Partei, die KPD/ML, und ihre Jugendorganisation die ROTE GARDE.

Fortsetzung auf Seite 3

Neun iranische Patrioten ermordet

Am Morgen des 24. Januar ließ das faschistische Schah-Regime neun Revolutionäre ermorden. Sie waren Ende des letzten Jahres zum Tode verurteilt worden, weil sie drei Offiziere der amerikanischen Besatzertruppen hingerichtet haben sollen.

In zahlreichen Städten der Welt haben Protestaktionen gegen die erneuten Todesurteile im Iran stattgefunden. In Stockholm, in Chicago, in Washington, in Straßburg, in Köln, Hamburg, München erhob sich der

Fortsetzung auf Seite 3

Ausschlussantrag gegen Rote Betriebsräte

Auf der Betriebsratssitzung am Freitag letzter Woche stellte Bleffert, Betriebsratsvorsitzender bei Klöckner-Humbold-Deutz (KHD), einen Ausschlußantrag zur Diskussion und Abstimmung gegen die Roten Betriebsräte aus dem Betriebsrat. Obwohl die reaktionären Betriebsräte versuchten, diesen Tagesordnungspunkt bis zuletzt zu verheimlichen und ihn erst einen Tag vor der Sitzung bekanntgaben, erschien noch vor der Sitzung ein Flugblatt der Partei mit der Überschrift: „Verteidigt die Roten Betriebsräte!"

Der Versuch, die Roten Betriebsräte aus dem Betriebsrat auszuschließen, war von langer Hand geplant. Bereits kurz nach der Wahl gelang es dem IGM-Apparat und den KHD-Kapitalisten, eine Rote Betriebsrätin der Roten Liste zu entlassen. Danach wurde eine regelrechte Säuberungsaktion gestartet und eine Reihe fortschrittlicher Kollegen entlassen. Den anderen Roten Betriebsräten wurden bereits auf der 2. Betriebsratssitzung angedroht: „Bis zur Betriebsversammlung seid ihr nicht mehr da."

Der Anlaß für die jetzt erfolgte Ausschlußdrohung war die letzte Betriebsversammlung. Den Roten Betriebsräten war es gelungen, sie zu einem Erfolg zu machen. In ihren Reden griffen sie die Rationalisierungsmaßnahmen an. Sie entlarvten die reaktionären Betriebsräte und den Gewerkschaftsapparat als Unterdrükkungsinstrument der Kapitalistenklasse. Für ihre Reden erhielten sie großen Beifall.

Die Roten Betriebsräte kämpfen für den revolutionären Zusammenschluß der Arbeiter, und die Wahl der Roten Liste war ein Schritt dazu; dies will der IGM-Apparat verhindern, deshalb ist auch der Ausschlußantrag gestellt worden. Begründet wird der Ausschlußantrag damit: 1. ungerechtfertigte, gehässige Diffamierung von Betriebsratsmitgliedern, 2. Aufwiegeln

Fortsetzung auf Seite 4

Söldner der UdSSR und der USA in Angola

Sie kommen als Feinde des Volkes von Angola

Nach der Vertagung der Gipfelkonferenz der Organisation für die Einheit Afrikas (OAU) haben die beiden Supermächte, der USA-Imperialismus und der russische Sozialimperialismus, ihre Einmischung und offene militärische Aggression in Angola noch weiter verstärkt. Beide versuchen sie, in heftiger Rivalität miteinander, Angola unter ihre Kontrolle zu bekommen und das angolanische Volk zu versklaven. Sie bemühen sich nicht einmal mehr, ihre offene militärische Aggression zu vertuschen und selbst, wenn sie es wollen, machen es ihnen die Tatsachen unmöglich.

Nach wie vor wirbt der amerikanische Geheimdienst CIA Hunderte von Verbrechern, Mördern und anderen Söldnern an, um sie als Soldaten nach Angola zu schicken. Von den Waffen und den Dollars, die auf direktem oder indirektem Weg aus Washington nach Angola fließen, gar nicht zu sprechen. Der amerikanische Präsident Ford hat am 3. Januar bestätigt, daß er für Angola Sondermittel bereitgestellt habe, während in den amerikanischen Zeitungen ungeniert Berichte veröffentlicht werden, wieviel Söldner der CIA nach Angola schickt, wo sie rekrutiert werden usw. Die südafrikanischen Rassisten haben seit der vergangenen Woche eine regelrechte Luftbrücke eingerichtet, um Waffen und Söldner nach Angola zu schaffen. Bereits jetzt stehen, Berichten zufolge, zigtausende von südafrikanischen Aggressionssoldaten in Angola und kämpfen an allen Fronten. Auch dabei schwingen die amerikanischen Imperialisten den Taktstock.

Die russischen Sozialimperialisten andererseits haben eine solche Menge an Rüstungsgütern, Beratern und Söldnern nach Angola geschickt, daß die von ihnen unterstützte MPLA in der letzten Woche große militärische

Fortsetzung auf Seite 10

AUS DEM INHALT

Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet

Gesetz gegen die Arbeiterjugend

Mit nur einer Gegenstimme ist am 23. Januar im Bundestag ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz verabschiedet worden. Es tritt am 1. Mai in Kraft. Als die Bundesregierung vor zwei Jahren ihren Entwurf für dieses Gesetz vorstellte, wurde der werktätigen Jugend der Anbruch von „rosa Zeiten" angekündigt. Die kapitalistische Wirklichkeit sieht aber anders aus. Sie hält für die Jugendlichen keine „rosa Zeiten" bereit, sondern Arbeitslosigkeit für Hunderttausende, verschärfte Ausbeutung, wachsendes Elend. Das neue Gesetz „zum Schutz der arbeitenden Jugend" schützt in Wirklichkeit nur den Profit der Kapitalistenklasse.

Selbstverständlich gibt es in dem neuen Gesetz viele schöne Worte und Paragraphen, wie z. B. den § 28 mit dem Titel *„menschengerechte Gestaltung der Arbeit"*. Darin heißt es u. a., daß die Kapitalisten verpflichtet sind, *„Vorkehrungen zu treffen"*, die *„zum Schutz der Jugendlichen gegen Gefahren für Leben und Gesundheit sowie zur Vermeidung einer Beeinträchtigung der körperlichen oder seelisch-geistigen Entwicklung der Jugendlichen erforderlich sind."* Dieser Paragraph ist ein Hohn. **Es kann, solange die kapitalistische Ausbeutung existiert, für die Jugend keine „menschengerechte Gestaltung der Arbeit" geben.**

Wie sieht es denn aus? Für einen Bruchteil des Lohns ihrer erwachsenen Kollegen schuften Tausende von Jugendlichen vor allem in Klein- und Mittelbetrieben für den Profit der Kapitalisten, obwohl sie als Lehrlinge eingestellt wurden. Wie oft werden Lehrlinge gezwungen, gerade die stumpfsinnigsten und erniedrigendsten Arbeiten zu machen. Und selbstverständlich gibt es für die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen in den Betrieben keine besonderen Einrichtungen, sondern sie sind derselben erbarmungslosen Arbeitshetze und Antreiberei unterworfen wie ihre Kollegen. Zustände, wie z. B. in der Pumpenfabrik Wilo in Dortmund, sind auch anderswo in den vielen Klein- und Mittelbetrieben keine Seltenheit. Dort sind von ca. 15 Arbeitern in der Pumpenverpackung ungefähr ein Drittel Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren. Werden sie älter, werden sie entweder versetzt oder entlassen, „frischer Nachwuchs" rückt nach. Die Arbeit ist nicht leicht. Die Pumpen, die zum Teil recht schwer sind, müssen vom Band abgenommen, in eine Kiste auf dem Transportband gestellt, zugeschossen, umbändert und aufgestapelt werden. Die Arbeit wird nach einem Prämiensystem im Halbakkord gemacht, aber selbstverständlich erhalten die Jugendlichen, die gemeinsam mit ihren erwachsenen Kollegen am Band arbeiten, dafür nur einen Hungerlohn. Man kann sich leicht vorstellen, welche Auswirkungen diese Arbeit auf die Gesundheit, auf die körperliche und die geistige Entwicklung der Jugendlichen hat.

Nach dem Gesetz, und zwar schon nach dem alten Jugendarbeitsschutzgesetz, wäre das alles gar nicht erlaubt. Aber Wilo ist kein Einzelfall. Das Jugendarbeitsschutzgesetz, das die schönsten Prinzipien verkündet, wird von den Kapitalisten massenhaft, in großem Maßstab gebrochen. Offizielle, vom Gewerkschaftsapparat gesammelte Zahlen allein beweisen, daß die Zahl der Verstöße bei über einer Million liegt. Selbstverständlich ist die Dunkelziffer der nicht bekannten, nicht gemeldeten Verstöße bei weitem größer. Dies wird auch bei dem neuen Gesetz nicht anders sein. Der kapitalistische Staat hat überhaupt kein Interesse daran, ernsthaft die Verwirklichung der einzelnen Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes durchzusetzen oder ihre Einhaltung zu kontrollieren. Und selbst wenn der eine oder andere Kapitalist beim Gesetzesbruch ertappt wird, so gibt es immer noch für jedes Verbot eine Ausnahme-, Sonder- oder Notregelung, die das Verbot wieder aufhebt. Ganz abgesehen davon, daß die Strafgelder für die als „Ordnungswidrigkeit" deklarierten Verbrechen an der Gesundheit und der körperlichen und geistigen Entwicklung der Jugendlichen mit jetzt 20000 DM nur ein Bruchteil dessen betragen, was der Kapitalist an Profit aus den Jugendlichen herauspreßt. Die Kapitalisten haben das Bestreben, den Ausbeutungsgrad der Jugendlichen, die für sie nur als Verkäufer von billiger Arbeitskraft interessant sind, beständig zu erhöhen, sie auszupressen und das Letzte aus ihnen herauszuholen. Ihre Ausbildung interessiert sie nur insoweit sie Nachwuchs an Facharbeitern brauchen. Und die Hunderttausende von arbeitslosen Jugendlichen, die nach der Schule gar nicht erst eingestellt werden, weil sie der rücksichtslosen Arbeitshetze nicht gewachsen sind, sind den Kapitalisten eine willkommene Reservearmee, um alle Arbeiter noch mehr ausbeuten und unterdrükken zu können. Der Höchstprofit des Kapitals steht über allem. Das Jugendarbeitsschutzgesetz regelt die Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft für den Profit der Kapitalisten. Und das eben verabschiedete Gesetz ist dabei entgegen der bürgerlichen Propaganda kein Fortschritt im Sinne der Jugend, sondern ein Rückschritt, denn es erleichtert es den Kapitalisten, die Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen noch mehr auszupressen. Sicher, es gibt einige Verbesserungen: die 40-Stundenwoche wird eingeführt, die 5-Tagewoche, es ist verboten, Jugendliche unter 15 Jahren einzustellen. Damit wird das Jugendarbeitsschutzgesetz aber nur den Regelungen und Verträgen angepaßt, die, wie die 40-Stundenwoche, für die überwiegende Mehrheit aller Arbeiter bestehen. Ganz abgesehen davon, daß es auch hier wieder Ausnahmeregelungen in Hülle und Fülle gibt, von den Verstößen ganz zu schweigen.

Diejenigen Bestimmungen aber, die entscheidend für den Ausbeutungsgrad und damit den Profit der Kapitalisten sind, werden zugunsten der Kapitalisten geändert. Nach wie vor bleibt die Schichtarbeit für Jugendliche in mehrschichtigen Betrieben in der Zeit von 6 bis 23 Uhr erlaubt. Die zynische Begründung des zuständigen Bundestagsausschusses: Dies sei *„arbeitsmarktpolitisch"* notwendig, um die Einstellung jugendlicher Arbeiter in solchen Betrieben nicht zu erschweren. Wichtiger aber noch für die Kapitalisten ist die **Lockerung** des Verbots der Akkord- und Fließbandarbeit. Mußte nach dem alten Gesetz die staatliche Aufsichtsbehörde Ausnahmeregelungen genehmigen, ist dies jetzt aufgehoben. **Wenn *„zur Erreichung des Ausbildungszieles erforderlich"* oder *„wenn eine Berufsausbildung für diese Tätigkeit abgeschlossen wurde"* kann der Kapitalist jetzt auch nach den Buchstaben des Gesetzes die Jugendlichen zur Akkord- und Fließbandarbeit zwingen.**

Schutz vor Ausbeutung und Unterdrückung wird es für die werktätige Jugend erst geben, wenn die Herrschaft der Kapitalistenklasse in der proletarischen Revolution gestürzt und der kapitalistische Staat zertrümmert ist. Die proletarische Diktatur und der Aufbau des Sozialismus erst ermöglichen der Jugend ein Leben, in dem sie ihre körperlichen und geistigen Fähigkeiten voll entwickeln kann.

Nukleare NATO - Planungsgruppe

Atomaufrüstung wird noch mehr verstärkt

Vor wenigen Tagen unternahm der US-Außenminister Kissinger eine Reise nach Moskau, wo er mit seinem sowjetischen Kollegen Gromyko zusammentraf, um über das SALT-2-Abkommen zu verhandeln. Beide Supermächte verkündeten wieder zuvor, sie seien optimistisch, daß es zu Abrüstungsmaßnahmen käme. Daß diese Abkommen und Verhandlungen jedoch reiner Betrug sind, die über die Gefährlichkeit der beiden Supermächte, über ihre tatsächlichen fieberhaften Kriegsvorbereitungen täuschen sollen, beweisen die Tagungen ihrer militärischen Führungsstäbe, die zur gleichen Zeit stattfanden.

So tagte in Hamburg die nukleare Planungsgruppe der Nato unter Vorsitz des US-Kriegsministers Rumsfeld, des Nato-Generalsekretärs Luns und Verteidigungsministers Leber. Hier ging es in aller Offenheit um den weiteren Ausbau und die Verstärkung des aggressiven US-Kriegsblocks. Dabei wurde erneut hervorgehoben, daß die NATO sich verstärkt darauf vorbereiten wird, Atombomben einzusetzen, falls es in Europa zu militärischen Auseinandersetzungen zwischen beiden Supermächten kommt. Daß dies keine leeren Worte sind, sondern daß in der Tat den Völkern Europas ein Atomkrieg beider Supermächte droht, bestärkten die gleichzeitigen Atomversuche beider Supermächte. So erfolgte im Osten von Kasachstan der erste diesjährige Atomversuch der russischen Sozialimperialisten. Dieser neue Test, der zu den 15 des vergangenen Jahres hinzukommt, erfolgte unmittelbar nach dem Atomversuch der anderen Supermacht, der USA, in den ersten Januartagen. Zugleich wird berichtet, daß die Streitkräfte des aggressiven Natoblocks vom 26. bis 31. Januar in Dänemark Militärmanöver unter der Bezeichnung „Brigade Fort '76" abhalten. Zur selben Zeit, vom 26. Januar bis 6. Februar, planen auch die russischen Sozialimperialisten, Militärmanöver in Transkaukasien abzuhalten, in einer Gegend, 250 Meilen von der türkischen Grenze entfernt.

Beide Seiten, die US-Imperialisten mit ihrem Nato-Block wie auch die russischen Sozialimperialisten mit ihrem Warschauer Pakt schreien immer wieder, daß sie ihre Aufrüstung nur betreiben würden, um den Frieden zu sichern und um die Völker vor dem jeweils anderen zu schützen. So schützen die US-Imperialisten angeblich „die Freiheit", während die russischen Sozialimperialisten vorgeben, den „Sozialismus" zu schützen. Doch das eine wie das andere ist Lüge. Die US-Imperialisten haben Westeuropa, wie das gerade der jüngste Vertrag zwischen Kissinger und den spanischen Faschisten über die nächsten fünf Jahre US-Besatzung in Spanien zeigen, nicht „Freiheit", sondern brutale Vorherrschaft, Unterdrückung und Ausplünderung gebracht. Ihre Atomminen und -raketen, ihre Truppen und Stützpunkte in unserem Land dienen nicht unserem Volk und seiner Sicherheit, sondern richten sich gegen den Kampf unseres Volkes für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland, richten sich gegen die Sicherheit und dienen der Vorbereitung eines Krieges zwischen beiden Supermächten um die Weltherrschaft.

Und wo ist dieser angebliche „Sozialismus", den die russischen Sozialimperialisten zu schützen vorgeben? Die Sowjetunion haben sie verwandelt in eine faschistische Diktatur nach der Art Hitlers, in eine nach Weltherrschaft strebende Supermacht, die die Länder Osteuropas in ein Völkergefängnis unter ihrer Fuchtel verwandelt hat. Sie schützen nicht den Sozialismus, sondern geifern mit ihren Angriffen gegen die Volksrepubliken China und Albanien tagtäglich gegen ihn. Sie sind nicht im geringsten friedfertig und entspannungsliebend, sondern die russischen Sozialimperialisten sind sogar die noch aggressivere Supermacht von beiden, sind diejenigen, die am wildesten nach einer Neuaufteilung der Weltherrschaft zu ihren Gunsten fiebern.

Weder die amerikanische noch die sowjetische Vorherrschaft dient dem Frieden und dem Schutz der Völker Europas, sondern sie ist der Hauptgrund aller Spannungen und aller Unsicherheit, die gegenwärtig in Europa bestehen.

EG Länder

Gemeinsam gegen "Terroristen"

Nach den Plänen der westeuropäischen Regierungen soll der Europarat im Sommer eine Konvention verabschieden, die den gemeinsamen Kampf gegen den „internationalen Terrorismus" regelt. Damit soll dann möglich sein, was jetzt durch das Interpol-Statut — mindestens legal — noch nicht möglich ist: der gemeinsame Kampf der kapitalistischen EG-Staaten gegen „politische Straftaten". Als Vorreiter bei solchen Plänen betätigen sich die westdeutschen Imperialisten.

Gerade jetzt war Bundesinnenminister Maihofer in London, um mit einem bilateralen Abkommen die Verabschiedung einer solchen EG-Konvention vorzubereiten. Eine ähnliche zweiseitige Abmachung über den Austausch von Informationen und die gemeinsame Verfolgung von Revolutionären besteht bereits zwischen der Bundesrepublik und Frankreich sowie zwischen Frankreich und Italien.

Ebenfalls der Vorbereitung einer solchen Konvention diente ein Treffen der Justizminister der EG-Länder im letzten Jahr. Sie berieten darüber, wie die Auslieferung verhafteter Revolutionäre erleichtert werden könne. Denn bisher ist, zumindest auf dem Papier der zwischenstaatlichen Verträge, eine Auslieferung bei politischen Straftaten nicht festgelegt. Diesen demokratischen Anschein möchten die Justizminister auch weiterhin wahren. Stattdessen schlagen sie dem Europarat vor, „Terrorakte" in Zukunft nicht mehr als politische Straftaten zu werten.

Diese geplante gemeinsame Verfolgung von Revolutionären innerhalb der EG-Länder ist eine Antwort auf die allgemeine Verschärfung des Klassenkampfes, die zudem die Nachteile, die den EG-Imperialisten aus der weitgehenden Lockerung der Grenzübergangsbestimmungen bei der Verfolgung von Revolutionären entstehen, wieder aufheben soll. Hier zeigt sich sehr deutlich, daß ein europäischer Zusammenschluß der Imperialisten niemals ein „Europa der Völker" werden kann. Die Einheit der europäischen Völker, die gegenseitige Unterstützung der Arbeiterklassen der europäischen Länder muß gegen den Widerstand der Imperialisten durchgesetzt werden.

Kurz berichtet

KIEL

In einer Abteilung von Elac in Kiel stimmten 8 Kollegen der Resolution gegen das Strafrechtsänderungsgesetz zu. 5 von ihnen nahmen auch an der Demonstration am 16. 1. teil.

NEUMÜNSTER

Auf Initiative der ROTEN GARDE Neumünster wurde bisher der Resolution gegen das Strafrechtsänderungsgesetz zugestimmt von der Zeitungsgruppe des Jugendheims Faldera, von der Initiativgruppe für ein endgültiges Jugendzentrum, von der Aktionseinheit für fortschrittliche Jugendpolitik in Neumünster, von der SV der Holstenschule Neumünster. Außerdem wurde in zahlreichen Schulklassen an verschiedenen Schulen die Strafrechtsänderungsreform zum Unterrichtsthema gemacht.

UELZEN

Die ROTE GARDE Uelzen führte gemeinsam mit Genossen des KBW am 22.12. 75 eine Veranstaltung gegen den § 130 a durch. Am Samstag, den 17.1.76 folgte eine Kurzkundgebung in der Fußgängerzone. Ein wöchentlicher Komiteetreff war immer gut besucht, auch konnten einige Kontakte geknüpft werden, eine Resolution gegen den § 130 a wurde einstimmig verabschiedet.

WÜRZBURG

Am 14.1. veranstaltete die FIS (Föderation iranischer Studenten) anläßlich der 10 Todesurteile gegen iranische Patrioten und zur Lage der politischen Gefangenen im Iran einen Solidaritätsabend. Dabei führten die Partei, die FIS und die Aufbaugruppe der RHD verschiedene Solidaritätsaktionen durch. In der Stadt, in der Uni und im Stadtteil Zellerau wurde ein Flugblatt verteilt, Agitationsstände durchgeführt und Hausbesuche gemacht. Der Erfolg war, daß die Veranstaltung von fast 200 Freunden und Genossen besucht wurde. In einer Atmosphäre von kämpferischer Solidarität spielten Theatergruppen der FIS aus Mainz und München zwei revolutionäre Theaterstücke, die Würzburger FIS-Genossen sangen persische Freiheitslieder, es wurden ein Diavortrag und ein kurzes Referat über die faschistische Unterdrückung des iranischen Volkes durch das Schah-Regime und den Kampf des Volkes dagegen gezeigt. Diese Darbietungen fanden großen Anklang bei den Teilnehmern. Bei der Spendensammlung für die politischen Gefangenen im Iran kamen 352,37 DM zusammen.

BERICHTIGUNG

In dem Artikel „Kampf für die sozialistische Revolution von der Tagesordnung gestrichen" auf S. 8 der Nummer 4/76 des ROTEN MORGEN ist uns ein sinnentstellender Satzfehler unterlaufen. Unter der Zwischenüberschrift „Wie die ‚Rote Fahne' Lenin auf den Kopf stellt" heißt es:

„Während Lenin kompromißlos für die Unterordnung des Kampfes für Reformen unter den Kampf für die sozialistische Revolution eintritt, kämpft die ‚Rote Fahne' für die nationale Unabhängigkeit." (Sp. 5).

Richtig muß es heißen:

Während Lenin kompromißlos für die Unterordnung des Kampfes für Reformen unter den Kampf für die sozialistische Revolution eintritt, kämpft die „Rote Fahne" für die Unterordnung des Kampfes für die sozialistische Revolution unter den Kampf für die nationale Unabhängigkeit.

Wir bitten, diesen Fehler zu entschuldigen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schubert, 46 Dortmund 30, Postfach 300526, Bestellungen an Vertrieb: 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Dortmund Nr. 41706—466. Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321004393 (Verlag G. Schubert). Telefon: 0231/433691 und 433692. Verantwortlicher Redakteur Gernot Schubert, Bochum. Druck Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich samstags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30,-- DM für ein Jahr. Das Abonnement ist für ein Jahr im voraus durch Überweisung an eines unserer obengenannten Konten zu zahlen. Abonnements verlängern sich um ein Jahr, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

Nieder mit der SED

Fortsetzung von Seite 1

keit, Unbeugsamkeit und einheitlichen Willen erfordert." (Der ‚linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus). Und der Vorsitzende Mao Tsetung stellt zu dieser Frage fest: „*Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus hindurch existieren Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe, existiert der Kampf zwischen den beiden Wegen, existiert die Gefahr einer Restauration des Kapitalismus. Man muß die Langwierigkeit und Kompliziertheit dieses Kampfes erkennen. Man muß die Wachsamkeit erhöhen. Man muß die sozialistische Erziehung durchführen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein sozialistischer Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen.*" (Dokumente der 1. Tagung des IV. Nationalen Volkskongresses der VR China, S. 35).

Kapitalistische Produktionsverhältnisse

Genau das ist in der DDR geschehen. Eine neue Bourgeoisie hat sich herausgebildet, die die Diktatur des Proletariats zerschlagen und die Diktatur der Bourgeoisie und den Kapitalismus vollständig wiedererrichtet hat. Um das zu verschleiern und um die jetzige Diktatur der russischen Monopolbourgeoisie und der neuen Bourgeoisie in der DDR über die Arbeiterklasse und über die Werktätigen zu „rechtfertigen", müssen die SED-Revisionisten den Marxismus-Leninismus in dieser entscheidenden Frage (nicht nur in dieser) vollständig verfälschen. Sie behaupten, daß es nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats keinen Klassenkampf mehr zwischen Proletariat und Bourgeoisie gibt. Also gibt es auch nicht die Gefahr einer bürgerlichen Machtergreifung. Also kann es auch in der DDR und den anderen revisionistischen Ländern keine Machtergreifung einer neuen Bourgeoisie gegeben haben. Also ist die Diktatur des Proletariats als gewaltsamer Unterdrückungsapparat der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie nicht mehr notwendig. Also kommt dem Kampf um die Verteidigung und Festigung der Diktatur des Proletariats nicht die entscheidende Bedeutung zu.

Was aber ist dann für die DDR-Revisionisten von ausschlaggebender Bedeutung? — Im Programmentwurf heißt es: „*Die entwickelte sozialistische Gesellschaft setzt die ungeteilte Herrschaft der sozialistischen Produktionsverhältnisse voraus.*" Zur Frage der Produktionsverhältnisse wird dann weiter unten ausgeführt: „*Entwickelte sozialistische Gesellschaft — das heißt: die Produktionsverhältnisse als Beziehungen kameradschaftlicher Zusammenarbeit und gegenseitiger Hilfe zwischen den Werktätigen und den Arbeitskollektiven weiterzuentwickeln und zu vervollkommnen, den Kollektivgeist in den gesellschaftlichen Beziehungen zu verstärken.*" „Kameradschaftlichkeit", „gegenseitige Hilfe", „Kollektivgeist" — sicherlich ist das alles Bestandteil sozialistischer Produktionsverhältnisse. Aber wenn das das Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse wäre, dann bräuchten die Arbeiter im Kapitalismus sich ja nur mehr in Kameradschaftlichkeit, gegenseitiger Hilfsbereitschaft und Kollektivgeist zu üben und schon wäre die wesentliche Voraussetzung für die „entwickelte, sozialistische Gesellschaft" geschaffen. **Die entscheidende Frage ist doch, wer verfügt über die Produktionsmittel.** Im Kapitalismus besitzen die Kapitalisten die Produktionsmittel und benutzen sie, um die Arbeiterklasse auszubeuten. Das ist das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Das Wesen der sozialistischen Produktionsverhältnisse ist dagegen, daß die Arbeiterklasse mittels ihres Staates, der Diktatur des Proletariats, über die Produktionsmittel verfügt. Die Frage der Produktionsmittel ist also von der Frage, welche Klasse an der Macht ist, nicht zu trennen. In der DDR herrschen keine sozialistischen, sondern kapitalistische Produktionsverhältnisse, obwohl die Produktionsmittel zum größten Teil dem Staat gehören; denn dieser Staat ist kein Staat der Diktatur des Proletariats, sondern der Diktatur der russischen Monopolbourgeoisie und der neuen Bourgeoisie der DDR. In Wirklichkeit verfügen also keineswegs die Arbeiter über die Produktionsmittel, sondern die Bourgeoisie vermittels ihres Staates. Die russische Monopolbourgeoisie und die neue Bourgeoisie der DDR beuten die Arbeiterklasse in der DDR aus — das ist das Wesen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in der DDR. Das können die SED-Revisionisten auch nicht dadurch vertuschen, daß sie die Produktionsverhältnisse zu einer Frage der zwischenmenschlichen Beziehungen zwischen den Arbeitern machen wollen. **Wo die Arbeiterklasse nicht an der Macht ist, kann es auch kein gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln geben.**

Aus der Tatsache, daß in der DDR keine sozialistischen, sondern kapitalistische Produktionsverhältnisse herrschen, wird auch klar, was hinter folgendem Wesenszug der „entwickelten sozialistischen Gesellschaft" steckt: „*Entwickelte sozialistische Gesellschaft — das heißt: eine leistungsfähige materiell-technische Basis zu schaffen, die ein stabiles Wirtschaftswachstum, hohe Arbeitsproduktivität und Effektivität der gesellschaftlichen Arbeit ermöglicht. Der Hauptweg dazu ist die Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion.*" Kein Zweifel, daß in einem wirklichen sozialistischen Land die Stärkung der wirtschaftlichen Basis eine wichtige Aufgabe der Arbeiterklasse ist. Kein Zweifel aber auch, daß in einem kapitalistischen Land wie der DDR die „Intensivierung der gesellschaftlichen Produktion" nichts anderes bedeutet als verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse.

Chruschtschows Gulasch-Kommunismus aufgewärmt

Die ganzen Ausführungen der SED-Revisionisten über ihre „entwickelte sozialistische Gesellschaft" laufen darauf hinaus, von der klaren Frage nach dem Charakter des Staatsapparates, welche Klasse die politische Macht ausübt, abzulenken und stattdessen die objektiven ökonomischen Faktoren zu verabsolutieren. Das war bereits eine These Chruschtschows, der ebenfalls behauptete, im Sozialismus käme der Ökonomie die entscheidende Bedeutung zu. Eine Theorie, die als Gulasch-Kommunismus bekannt wurde und gerade in der Sowjetunion den offenkundigsten Bankrott erlitten hat. Ganz im Sinne Chruschtschows wird auch im Programmentwurf die „*Erhöhung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus des Volkes*" als „*Hauptaufgabe bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft*" bezeichnet. Natürlich ist die Steigerung des Lebensniveaus des Volkes im Sozialismus eine wichtige Aufgabe. Aber für die Arbeiterklasse ist die politische Macht wichtiger als ein Teller Gulasch. Schon Lenin hat zu dieser Frage unmißverständlich Stellung genommen: „*Politik ist der konzentrierte Ausdruck der Ökonomik......Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Ökonomik. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen.*"

„*Ohne politisch richtig an die Sache heranzugehen, wird die betreffende Klasse ihre Herrschaft nicht behaupten und folglich auch ihre Produktionsaufgabe nicht lösen können.*" (Lenin, Bd. 32, Noch einmal über die Gewerkschaften, die gegenwärtige Lage und die Fehler Trotzkis und Bucharins). Zweifellos haben die modernen Revisionisten der SED das ABC des Marxismus nicht vergessen, sie treten es bewußt mit den Füßen. Notwendigerweise müssen sie die antileninistische Behauptung von dem Primat der Ökonomie gegenüber der Politik aufstellen. Sie sind nicht über die Veränderung der ökonomischen Basis, sondern über die Konterrevolution im Überbau, über die Zerschlagung der Herrschaft der Arbeiterklasse und die Wiedererrichtung der Diktatur der Bourgeoisie an die Macht gekommen. Der Staat veränderte schlagartig sein Gesicht und wurde aus einem Instrument der Herrschaft der Arbeiterklasse zu einem faschistischen Unterdrückungsinstrument gegen die Arbeiterklasse. Die Wirtschaft aber veränderte zwar ihr Wesen, hörte auf, eine sozialistische Wirtschaft zu sein und verwandelte sich in eine kapitalistische Staatswirtschaft, aber sie behielt noch viele äußere Erscheinungsformen bei. So wird das gesellschaftliche Eigentum kapitalistisches Eigentum, aber das ist nicht so einfach zu erkennen, weil es ja auch nach wie vor keinen einzelnen Kapitalisten gehört, sondern dem Staat, der zu einem Staat der neuen Bourgeoisie geworden ist. **Die SED-Revisionisten spielen die Frage der politischen Macht herunter und erheben die Ökonomie zur Hauptsache, weil so die kapitalistische Entartung wesentlich schwerer zu erkennen ist.**

So verschärfen die russischen Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie unter dem Deckmantel der Stärkung der „*materiell-technischen Basis*" des Sozialismus in Wirklichkeit die Ausbeutung der Arbeiterklasse in der DDR.

Kapitalistische Lohnsklaverei

Es wird noch klarer, daß die sogenannte „entwickelte sozialistische Gesellschaft" in der DDR für die Arbeiterklasse nichts anderes als kapitalistische Lohnsklaverei bedeutet. So heißt es in dem Programmentwurf: „*Die konsequente Verwirklichung des Prinzips ‚Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seiner Leistung' setzt neue Triebkräfte für den ökonomischen und sozialen Fortschritt frei.*" Wenn jeder entsprechend seiner Leistung entlohnt wird, bedeutet das gleiches Recht für alle. Es ist richtig, daß dieses Prinzip im Sozialismus Gültigkeit hat, weil die Voraussetzung für die Anwendung des kommunistischen Prinzips „*Jeder nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen*" noch nicht geschaffen ist. Aber ist es richtig, daß dieses Prinzip den ökonomischen und sozialen Fortschritt vorantreibt, wie die SED-Revisionisten behaupten? Tatsache ist, daß dieses gleiche Recht für alle, tatsächlich ständig neue Ungleichheit hervorbringt, weil eben nicht alle die gleiche Leistung bringen können, weil einer, der eine große Familie hat, mehr Lebensmittel braucht als ein Junggeselle usw. Dieses Prinzip schafft also selbst in einer sozialistischen Gesellschaft täglich Ungleichheiten. Hat Marx, der dieses Prinzip der sozialistischen Gesellschaft entdeckt hat, es etwa als „Triebkraft des Fortschritts" gefeiert? — Keineswegs. Er hat es vielmehr zu den „*Mißständen*" gerechnet, die „*unvermeidbar*" sind *in der ersten Phase der kommunistischen Gesellschaft, wie sie eben aus der kapitalistischen Gesellschaft nach langen Geburtswehen hervorgegangen ist.*" (Kritik des Gothaer Programms). Wir haben festgestellt, daß der Sozialismus die Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Kommunismus ist. Folglich enthält er sowohl noch Elemente, die ihre eigentliche Wurzel in der alten kapitalistischen Gesellschaft haben, als auch Elemente, die bereits auf die kommunistische Zukunft hinweisen. Die kommunistischen Elemente müssen im Sozialismus gestärkt, die Wirksamkeit des bürgerlichen Rechts muß eingeschränkt werden. Warum heben die SED-Revisionisten dieses Prinzip, das von Marx als „*unvermeidbarer Mißstand*" bezeichnet wird, als Triebkraft des Fortschritts hervor? Weil es eine Triebkraft des kapitalistischen Fortschritts ist. Die DDR ist heute eine kapitalistische Klassengesellschaft, eine Gesellschaft, die wie jede kapitalistische Klassengesellschaft in Arme und Reiche gespalten ist. Soll man sich darüber wundern, daß die Reichen diese Ungleichheit immer weiter vergrößern wollen, daß sie ihren Reichtum durch die verschärfte Ausbeutung der Arbeiterklasse immer mehr vermehren wollen?

In Wirklichkeit denken die russischen Sozialimperialisten und die neue Bourgeoisie in der DDR natürlich nicht daran, mit dem genannten Prinzip wirklich Ernst zu machen. Weil die DDR nicht mehr sozialistisch ist, gilt es dort auch nicht mehr. Dieses Prinzip bedeutet ja mit anderen Worten, daß wer nicht arbeitet, auch nicht essen soll. Wenn es in der DDR wieder verwirklicht würde, müßten einige hohe Herren verhungern. Es wird vor allem deshalb im Programmentwurf so unterstrichen, weil es dazu dienen soll, die Wiederherstellung der kapitalistischen Lohnsklaverei als sozialistische Maßnahme erscheinen zu lassen. Denn mit diesem Prinzip begründet die SED, was in dem ebenfalls jetzt veröffentlichten „*Entwurf der Direktive des 9. Parteitages der SED zur Entwicklung der Volkswirtschaft der DDR 1976-1980*" offen als „*leistungsorientierte Lohnpolitik*" bezeichnet wird. So heißt es im Programmentwurf, daß die „*ökonomischen Stimuli* (Anreize) *wirksamer für die Steigerung der Produktivität eingesetzt werden*" sollen. Das heißt mit anderen Worten, daß die Arbeiterklasse gezwungen ist, ihre Arbeitskraft wie in jedem anderen kapitalistischen Land als Ware zu verkaufen.

Der Programmentwurf der SED ist bei allem pseudomarxistischen Vokabular ein klarer Ausdruck der Tatsache, daß in der DDR der Kapitalismus unter der Herrschaft der russischen Monopolbourgeoisie und der neuen Bourgeoisie der DDR vollständig restauriert worden ist. Für die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR zeigt dieser Programmentwurf erneut, daß es keine Hoffnung auf eine friedliche Rückkehr zum sozialistischen Weg gibt. Der Machtantritt des Revisionismus ist der Machtantritt der Bourgeoisie. Nur durch eine erneute gewaltsame sozialistische Revolution kann die Herrschaft der neuen Ausbeuter gestürzt, die Diktatur des Proletariats und der Sozialismus wiedererrichtet werden.

(Wird fortgesetzt).

Neun iranische Patrioten ermordet

Fortsetzung von Seite 1

Protest gegen dieses blutige Regime, das bereits über 300 Revolutionäre zu Tode gefoltert und hingerichtet, das 100000 Gegner des Regimes in die Gefängnisse geworfen hat.

In Gesprächen mit den Werktätigen hier bei uns hat sich gezeigt, daß die meisten zutiefst empört waren über dieses barbarische Vorgehen des Schah-Regimes. Viele aber meinten gleichzeitig: „Bei uns könnte das nicht passieren!" Es stimmt, bei uns herrscht heute kein Faschismus. **Aber westdeutsche Monopole, die Commerz-Bank, Krupp, Siemens, AEG Telefunken usw. morden heute in Persien mit. Für sie ist der blutige Terror, mit dem das Schah-Regime die gnadenlose Ausbeutung der iranischen Arbeiter und Bauern sichern will, bares Geld.**

Erst vor wenigen Monaten lobte der „Stern" den „iranischen Weg zum Sozialismus". Sozialismus — wenn ein Fabrikarbeiter rund 200 DM im Monat verdient, für 12 Stunden Arbeit am Tag? Sozialismus — wenn Militär 16 Arbeiter erschießt wie im Sommer in Mazandran, nur weil sie es wagten, gegen solche Hungerlöhne zu streiken? Sozialismus — wenn die persischen Gesetze jeden mit dem Tod oder mit lebenslanger Haft bedrohen, der einer Vereinigung angehört, die gegen die Monarchie ist? Das ist die Hölle auf Erden für die Werktätigen. Aber gleichzeitig ein Ausbeuterparadies. Nicht nur für den Schah, nicht nur für die US-Imperialisten, sondern auch für die westdeutschen Imperialisten.

Die westdeutschen Imperialisten sind nach den USA der wichtigste Handelspartner des Iran. Für 2,9 Milliarden DM wurden 1974 Waren dorthin exportiert. Krupp ist dort am Reza-Pahlewi-Hüttenzentrum beteiligt. Siemens und AEG Telefunken besitzen dort Fabriken oder Fabrikbeteiligungen. Die Commerz-Bank und andere westdeutsche Banken haben dort Niederlassungen. Die Bedingungen für die westdeutschen Imperialisten sind ideal. 5% bis 100% Steuererleichterungen garantiert ihnen das Schah-Regime. Dazu Schutzzölle und Investitionskredite. Millionen, die das Regime aus den Werktätigen herauspreßt! Wie eng die Beziehungen zwischen dem Schah-Regime und den westdeutschen Imperialisten sind, zeigt auch der 1968 geschlossene Vertrag über die Förderung und den gegenseitigen Schutz von Kapitalanlagen. Gleichzeitig hat der Iran für die westdeutschen Imperialisten als drittwichtigstes Importland von Energiestoffen große Bedeutung. Erst vor kurzem wurde das Dreiecksgeschäft mit Erdgas im Wert von 40 Milliarden DM unter Dach und Fach gebracht.

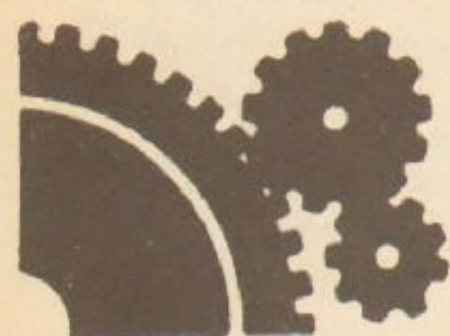
Im letzten Jahr schließlich kaufte sich der Schah auch in zwei westdeutschen Betrieben ein: die Arbeiter bei Krupp in Bochum und Babcock in Oberhausen arbeiten seitdem auch für die Profite des Schah.

Aber die westdeutschen Imperialisten sind nicht nur mitverantwortlich für die Morde an Revolutionären im Iran, sie schützen auch in der Bundesrepublik ihre Profitinteressen in Persien und die Interessen des Schah-Regimes.

Am 22. 1. 76 wurden in Darmstadt 5 iranische Studenten verhaftet, weil sie der CISNU (Konföderation Iranischer Studenten) angehören. Die Studenten, die inzwischen wieder freigelassen wurden, waren auf Anweisung des Bundeskriminalamtes wegen Verdachts auf Bildung einer „kriminellen Vereinigung" festgenommen worden. Zahllose fortschrittliche Iraner wurden bereits ausgewiesen. Mehrfach wurden Demonstrationen gegen das Schah-Regime verboten, weil sie die „außenpolitischen Belange der BRD stören". Diese Tatsachen zeigen, daß die westdeutschen Imperialisten das faschistische Schah-Regime nicht etwa „wohl oder übel akzeptieren", sondern es aktiv bei der Ausübung seines faschistischen Terrors unterstützen. Ja, sie versuchen sogar, es für die Verfolgung deutscher Kommunisten einzuspannen wie im Fall des Rotgardisten Sascha Haschemi, der an das Henkerregime des Schah ausgeliefert werden sollte, weil er wegen seines persischen Vaters die iranische Staatsbürgerschaft besaß.

Dies alles zeigt: es ist für die deutschen Kommunisten, für die deutsche Arbeiterklasse eine besonders dringliche Aufgabe, die iranischen Völker in ihrem Kampf gegen das Schah-Regime zu unterstützen.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Straße 103, Postfach 30 05 26

10 Jahre ganztags gearbeitet — Stempelgeld nur für halbtags

Genossen!

An einem Morgen vor Arbeitsbeginn kam ein Kollege zu mir, empört und aufgeregt, wie man nur sein kann, und erzählte mir diese Geschichte. Seine Frau war arbeitslos geworden und meldete sich auf dem Arbeitsamt. Weil sie eine Operation hinter sich hatte und auch sonst gesundheitlich nicht sehr auf der Höhe war, sagte sie, daß sie sich nur um eine Halbtagsstelle bemühe. Der Antrag wurde gestellt. Der Kollege und seine Frau bekamen ein viertel Jahr nichts zu hören, weder Geld noch sonst was. Der Kollege äußerte oft im Betrieb, daß es ja mit dem Arbeitsamt sehr lange dauert, es würde aber eine schöne Nachzahlung. Die Wut und Empörung des Kollegen und seiner Frau wuchs an, als der langersehnte Bescheid endlich kam.

Obwohl seine Frau 10 Jahre, ganztägig, ununterbrochen gearbeitet hatte, bekam sie jetzt nur eine Nachzahlung für eine Halbtagskraft. Das war ein Verlust von über 1000 DM für die gewartete Zeit. Und außerdem bezog sich ihr Stempelgeld auch nur auf halbtags. Sofort protestierten die beiden beim Arbeitsamt. Sie bekamen aber glatt zur Antwort, sie hätte sich ja nur für halbtags gemeldet und bekäme jetzt auch nur Nachzahlung und Stempelgeld für Halbtagskräfte, egal ob und wie lange sie ganztägig gearbeitet hätte. Wenn es ihr nicht passen würde, könne sie sich für ganztägig anmelden, würde dann mehr Stempelgeld bekommen, aber die Nachzahlung für die vierteljährige Wartezeit bleibt, da bekäme sie keinen Pfennig mehr dazu.

Diese widerliche Machenschaft des Arbeitsamtes zeigt wieder einmal mit aller Deutlichkeit die ,,Rolle" dieses Amtes. Mit allen Tricks werden die Kollegen um ihre berechtigten Forderungen und Zahlungen betrogen. Mit jeglichen Mitteln nutzt man die Unwissenheit der Kollegen über ihre Bürokratie aus, um sie um jeden Pfennig zu betrügen.

Rot Front! Ein Genosse von Elac

„Wer eine bestimmte Meinung hat, kriegt keine Lehrstelle."

Bei einem Gespräch mit dem Betriebsrat ist mir deutlich geworden, wie wenig sich die Betriebsleitung und gewerkschaftliche Funktionäre unterscheiden. Bei meiner Einstellung vor einigen Monaten meinte der Betriebsleiter sinngemäß zu mir:

,,Ich kann es ja verstehen, wenn die Jugendlichen aufbegehren. Da finden sie keine Arbeit, sitzen nach der Schule auf der Straße. In gewisser Weise ist ja das System dran schuld, man kann gar nicht eine Partei dafür verantwortlich machen. Wir wollen ja alle was dran ändern, aber nur nicht radikal werden. Wenn hier jemand revolutionäre Töne schwingen will, dann kann er gleich gehen, wir wollen hier nur alle arbeiten. usw..."

Als ich mich beim Betriebsrat wegen einer Lehrstelle erkundigen wollte (ein Gremium, bestehend aus Betriebsrat und Betriebsleitung, entscheidet über die Zulassung zur Aufnahmeprüfung) sagte er mir Ähnliches: ,,Wenn du irgendwelchen Kummer hast, dann wende dich an uns, wenn du z. B. die Toilette sauber machen sollst, dann beschwere dich bei uns. Wir stehen immer auf deiner Seite. Nur wenn du hier mit erhobener Faust Propaganda machen willst, können wir uns nicht für dich einsetzen."

Gemeinsam wollen beide für die Ruhe im Betrieb sorgen. Der Betriebsrat erfüllt seine Aufgabe da eigentlich noch besser als die Betriebsleitung. Er verfügt durch seinen Apparat über wesentlich besseren Kontakt zu den Kollegen. Sie kriegen so eigentlich schneller mit, wenn ein Kollege für die Revolution und den Marxismus-Leninismus Propaganda macht. So kann er der Betriebsleitung helfen, unter den Bewerbern die Richtigen auszusieben. Hinzu kommt dann noch, daß sie ihre Position in dem Gremium auch ausnutzen können, um jemanden zu erpressen, der oftmals seinen Unmut äußert. Wer eine bestimmte Meinung hat, kriegt keine Lehrstelle. Umso deutlicher wird, daß wir in unserem Kampf für eine bessere Welt nicht auf den DGB-Apparat vertrauen können, sondern die RGO aufbauen müssen.

Ein Genosse aus Kassel

Klage eines Personalchefs: „Nur die KPD/ML macht uns so zu schaffen."

Neulich war ein Genosse bei mir, um mir folgende Geschichte zu erzählen, die er von einem alten Schulkameraden gehört hat, den er zufällig Weihnachten traf. Dieser Schulkamerad hatte an einer Besichtigung in unserem Betrieb teilgenommen.

Bei einem Sherry in der Kantine fragte einer der Gäste den Personalchef: ,,Und wie ist das Verhältnis zur Gewerkschaft?" ,,Ungetrübt", versicherte dieser eifrig, ,,ungetrübt!" Dann, hinter vorgehaltener Hand: ,,Nur die KPD/ML macht uns so zu schaffen. Die haben hier eine Rote Betriebsrätin, die hat sich hier doch tatsächlich eingeschlichen." ,,Und", fragte der Gast, ,,hat sie Einfluß im Betrieb?" ,,Ach", klagte der Personalchef, ,,Sie haben ja selbst gesehen, daß vorwiegend junge Menschen bei uns arbeiten. Und die Jugend ist ja nun mal sehr begeisterungsfähig. Wenn dann eine immer Kontra gibt, ist ja klar, daß die Anhang hat." ,,Ja", fragte der Gast weiter, ,,und was machen Sie nun?" ,,Wenn wir das nur wüßten", kam die Antwort, ,,die Gewerkschaft und der Betriebsrat haben schon versucht, sie rauszuwerfen, sie haben schon einen Prozeß geführt. Aber sie hatten keine Beweise. Ehrlich gesagt, im Moment wissen wir auch nicht, was wir machen sollen." Er war ganz verzweifelt, der ,,Arme". — Meine Kolleginnen haben eine ganze Pause lang darüber gelacht.

Eine Genossin aus Dortmund.

„Wenn sie sich einig sind, sind sie die Stärkeren."

Liebe Genossen!

Bei uns im Betrieb haben vor kurzem die Arbeiter einer Abteilung gestreikt, und zwar handelte es sich um folgendes:

Ein jugoslawisches Ehepaar arbeitete zusammen im Betrieb. Weil der Mann sich einmal umziehen gegangen ist, und da seine Frau seine Stempelkarte mit abgestempelt hatte, wollten die Kapitalisten das Ehepaar entlassen. Mündlich war die Kündigung schon ausgesprochen. Aber von wegen! — die Kollegen der beiden machten das nicht mit und wollten diese Schweinerei der ,,Oberen" nicht dulden. Sie erklärten sich spontan mit den beiden solidarisch und führten einen Warnstreik durch. Von dieser spontanen Solidarität sichtlich in die Enge getrieben, nahmen die Kapitalisten die Kündigung zurück.

Der Kampf der Kollegen hatte Erfolg und sie haben daraus gelernt, daß, wenn sie sich einig sind — alle gemeinsam — sie die Stärkeren sind und nicht die Bourgeoisie.

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen.

Erfolgreicher Kampf für Roten Vertrauensmann

In einigen Großbetrieben haben die Vertrauensleutewahlen bereits begonnen. Als Beispiel für eine gute Vorbereitung und Durchführung der Vertrauensleutewahl berichten wir über die Wahl eines revolutionären Vertrauensmannes aus einem dieser Betriebe. Die Wahl des Genossen ist ein großer Erfolg für den revolutionären Zusammenschluß der Kollegen gegen den Gewerkschaftsapparat und die D„K"P, die in diesem Betrieb einen großen Teil des Vertrauensleutekörpers und des Betriebsrates beherrscht.

In der Abteilung des Genossen sind über 20 Kollegen beschäftigt, darunter einige ausländische Kollegen. Der bisherige Vertrauensmann, ein SPD-Mitglied, ist ein Vertreter des reaktionären Gewerkschaftsapparates. Bei den Kollegen ist er nicht gut angesehen, denn um ihre Belange hat er sich nicht gekümmert.

Der Genosse war unter einem kleinen Teil seiner Kollegen bereits als Kommunist bekannt. Als jetzt die Vertrauensleutewahl anstand, entstand unter diesen Kollegen die Idee, daß er Vertrauensmann werden sollte. Dazu beigetragen hatte auch noch das Auftreten des Genossen auf einer Belegschaftsversammlung, auf der er in seiner Rede an einigen Beispielen den ganzen Verrat der Betriebsratsclique aufgedeckt hatte. Ein Kollege sagte nach der Belegschaftsversammlung in seiner Empörung über den Betriebsrat: ,,Und einen, der das mitmacht, haben wir als Vertrauensmann, das geht doch nicht."

Zur Vorbereitung der Wahl besprach sich der Genosse mit den fortschrittlichsten Kollegen, die er schon länger kennt, und die auch zu ihm besonderes Vertrauen haben. Er diskutierte mit ihnen alle Fragen, die im Zusammenhang mit der Vertrauensleutewahl auftreten, erklärte ihnen seine revolutionären Ziele, die Notwendigkeit des revolutionären Zusammenschlusses der Arbeiter gegen den Gewerkschaftsapparat, den Aufbau der RGO und welche Möglichkeiten die Vertrauensleutewahlen bieten, diesen Zusammenschluß voranzutreiben. Er griff die modernen Revisionisten der D,,K"P an, mit denen die Kollegen selbst schon einige Erfahrungen gemacht hatten. Er erklärte ihnen auch alle Konsequenzen, die aus der Wahl entstehen können, wie eventuelle Gewerkschaftsausschlüsse oder Entlassungen, denn der Gewerkschaftsapparat und die D,,K"P versuchen mit allen Mitteln zu verhindern, daß revolutionäre Vertrauensleute gewählt werden.

Der Genosse wurde während der Wahlvorbereitungen von diesen Kollegen, es waren mittlerweile einige mehr geworden, aktiv unterstützt. Ältere Kollegen, die schon lange in der Abteilung arbeiten, gaben Hinweise wie: ,,Auf den mußt du aufpassen, das ist ein Meisterfreund", oder: ,,Auf den kannst du dich verlassen." Sie gaben ihm Ratschläge, wie er am besten vorgehen sollte, um die anderen Kollegen zu überzeugen. Selbst sprachen diese Kollegen auch andere an und propagierten die Wahl des Genossen. Verdeckt arbeiteten die Kollegen und der Genosse gegenüber dem Meister, Vorarbeiter sowie gegenüber dem alten V-Mann und einigen unzuverlässigen Kollegen.

Natürlich wurden auch die ausländischen Arbeiter mit in die Wahlvorbereitungen einbezogen. Der Genosse diskutierte besonders mit denen, die auch gut deutsch sprachen und erklärte ihnen seine Ziele. Diese Kollegen besprachen das wiederum mit den anderen ausländischen Arbeitern.

Kurz vor der Wahl wurde bekannt, daß sich noch ein dritter Kandidat neben dem alten V-Mann und dem Genossen zur Wahl stellen wollte. Der Genosse sprach mit ihm, daß es besser sei, wenn die Kollegen sich auf einen Kandidaten konzentrieren, um eine möglichst starke Front gegen den Vertreter des Gewerkschaftsapparates aufzubauen. Doch es gelang ihm nicht, den Kollegen davon zu überzeugen, daß es besser sei, sich nicht aufzustellen. Jetzt zeigte sich, wie richtig es war, daß der Genosse systematisch mit den Kollegen gesprochen hatte und ihnen erklärte, was seine Ziele sind. Überall, wo der dritte Kandidat hinkam, traf er auf Arbeiter, die sich für den Genossen aussprachen.

Am Tag der Wahl herrschte einige Unruhe unter den Kollegen. Öfters bildeten sich kleine diskutierende Gruppen, auch die ausländischen Kollegen beteiligten sich rege an den Diskussionen. Als dann die Wahlversammlung stattfand, lobte der Betriebsrat, der die Wahl durchführte, in seiner Eingangsrede die gute Zusammenarbeit mit dem alten V-Mann und machte große Propaganda für ihn. Ein Kollege bemerkte dazu: ,,Klar, für die war die Zusammenarbeit gut, aber für uns nicht." Ansonsten wurde kaum geredet. Auch der Genosse hielt keine Rede oder führte jetzt offene Angriffe gegen den Gewerkschaftsapparat, denn die Wahl war gut vorbereitet und er hätte in dem Fall dem Gewerkschaftsbonzen nur die Möglichkeit gegeben, gegen ihn vorzugehen, eventuell mit der Einleitung eines Gewerkschaftsausschlußverfahrens usw.

Das Ergebnis der Wahl war dann, daß der Genosse die absolute Mehrheit der Stimmen erhielt, der alte V-Mann entschieden weniger bekam und der dritte Kandidat eine verschwindend kleine Minderheit der Stimmen erhielt. Übrigens alle ausländischen Kollegen hatten den Genossen gewählt. Ein Kollege, der bei der Stimmenauszählung dabei war, erzählte später, wie der Betriebsrat nur ,,Au, au, au" vor sich hinsagte, als er merkte, daß der alte V-Mann kaum Stimmen bekam.

Diese Wahl war ein großer Erfolg und ein gutes Beispiel dafür, wie eine Wahl vorbereitet werden kann. Sicherlich wäre der Kampf noch schwieriger gewesen, wenn der Genosse einen Vertreter der D,,K"P als Gegenkandidaten gehabt hätte und nicht einen Vertreter des Gewerkschaftsapparates, der selbst bei der Wahlvorbereitung keine großen Aktivitäten entfaltete. Der Zusammenschluß der Kollegen, der durch diese Wahl erreicht worden ist, muß jetzt nach der Wahl weiter gefestigt werden.

Gewerkschaftsforderungen bedeuten Lohnraub

Durchschnittliche Preissteigerungen der wichtigsten Ausgaben einer vierköpfigen Arbeiterfamilie für das Jahr 1975 bei einem Nettoeinkommen von 1 500 DM.

Kostenpunkte	Preiserhöhung in % für 1975	Anteil der Kostenpunkte am Monatseink. von 1500 DM in % und DM	Kostenerhöhung pro Monat in DM
1. Lebensmittel	ca. 16%	ca. 30 % = 500 DM	ca. 80 DM
Gemüse	ca. 15,1%		
Rindfleisch	ca. 4,9%		
Obst	ca. 30,4%		
Kartoffeln	ca. 30 %		
Käse	ca. 9,4%		
Margarine	ca. 10,4%		
Milch	ca. 7,8%		
Zucker	ca. 18,5%		
2. Mieten	ca. 10 %	ca. 26 % = 390 DM	ca. 39 DM
3. Fahrkosten	ca. 20 %	ca. 10 % = 150 DM	ca. 30 DM
4. Kleidung Schuhe	ca. 7 %	ca. 4 % = 60 DM	ca. 4,20 DM
5. Heizung, Strom, Wasser, Gas, Müll	ca. 15 %	ca. 10 % = 150 DM	ca. 22,50 DM
6. Gesundheits- Körperpflege	ca. 7,2%	ca. 3,5% = 52,50 DM	ca. 3,80 DM
Sonstiges	—	ca. 16,5% = 197,50 DM	Summe 179,50 + Sozialvers. 33,-- Mehrkosten = 212,50 DM auf Nettolohn = ca. 15%.

Zahlenangaben für Preissteigerungen aus der ,,Frankfurter Rundschau" vom 12. 7. 75, der ,,Süddeutschen" vom 30. 12. 75 und der ,,Welt" vom 21. 1. 76. Die Zahlen für Gemüse, Obst, Margarine beziehen sich auf den Zeitraum Juli 74 bis Juli 75, haben sich aber im zweiten Halbjahr 75 nicht wesentlich geändert.

Ständig hören wir von den Gewerkschaftsführern, die Lohnraubabschlüsse der Tarifrunden müssen zumindest die Inflationsrate ausgleichen, damit das Erreichte gesichert wird. Am Beispiel einer vierköpfigen Arbeiterfamilie, die ein Gesamtnettoeinkommen von 1500 DM, also 1 380 DM Nettolohn plus 120 DM Kindergeld monatlich erhält, beweist die Tabelle, daß selbst die Lohnforderungen des Gewerkschaftsapparates noch nicht einmal die Hälfte der tatsächlichen Mehrkosten dekken und die Lohnabschlüsse noch nicht einmai ein Viertel der Mehrkosten.

In der ersten Spalte sind die wichtigsten Kostenpunkte genannt, die eine Arbeiterfamilie täglich zum Leben braucht. Ausgeschlossen sind größere Anschaffungen. Die zweite Spalte zeigt die Preiserhöhungen für das Jahr 75 in %. Die dritte Spalte zeigt den Anteil der einzelnen Kosten am Monatseinkommen von 1500 DM in % und in DM. Die vierte Spalte zeigt die Preiserhöhungen der einzelnen Posten für diese Familie im Monat. Dazu kommen noch die 33 DM Arbeitnehmeranteil der Sozialversicherungen bei einem Bruttolohn von 2000 DM, die jetzt erhöht worden sind. Ca. 212 DM müßte diese Familie pro Monat mehr haben, um den gleichen Lebensstandard zu haben, wie Anfang 1975. Das sind ca. 15,5% auf den Nettolohn von 1 380 DM. Dabei sind die Preiserhöhungen für die übrigen Kosten unter „Sonstiges", die Steuerprogression, die Preiserhöhungen dieses Jahres noch nicht mitgerechnet.

KHD
Rote Betriebsräte

Fortsetzung von Seite 1

Rebellion, und 3. radikale politische Propaganda. Zusammengefaßt ,,grobe Pflichtverletzung". Als Beweismittel sollen die Tonbänder mit den Reden von der letzten Belegschaftsversammlung verwendet werden. Wie bekannt wurde, hat die IGM die Tonbänder zur Überprüfung erhalten. **Der Ausschlußantrag wurde direkt mit dem Vorstand des IGM-Apparates in Frankfurt und dem Vorstand von KHD vorbereitet. Bereits nach der letzten Betriebsversammlung war Bleffert in Frankfurt und hat sich Instruktionen geholt, Dienstag vor der Sitzung war er wieder in Frankfurt, einen Tag später bei einem Vorstandsmitglied von KHD und wiederum einen Tag später fand die Betriebsausschußsitzung statt und dann war der Antrag fertig vorbereitet.**

Auf der Betriebsratssitzung nahmen die 4 DAG-Betriebsräte nicht an der Abstimmung teil, alle anderen, auch die scheinbar oppositionelle Metallerliste, waren dafür.

Viele Kollegen reagierten empört, als sie von dem Ausschlußantrag gehört hatten. Von vielen Arbeitern wurden die Roten Betriebsräte auch direkt angesprochen, als sie in ihre Abteilungen kamen. Ein Kollege meinte: ,,Das können sie doch nicht machen, die haben wir doch gewählt." Der Ausschlußantrag zeigt, daß der Gewerkschaftsapparat in keiner Weise nach den Interessen der Kollegen handelt oder auch nur in irgendeiner Weise demokratisch ist. Der Gewerkschaftsapparat ist ein vollkommen arbeiterfeindlicher Unterdrükkungsapparat der Bourgeoisie.

Nur der gemeinsame Kampf der Roten Betriebsräte und der Kollegen kann diesen Ausschlußversuch vereiteln. Die Partei unterstützt diesen Kampf unter anderem mit weiteren Flugblättern; sie unterstützt die begonnene Unterschriftensammlung und Verabschiedung von Protestresolutionen.

Ausbeutung bei Solex -

Zusammenschluss der Kollegen gegen die endlosen Schikanen

Ich will hier berichten, mit welchen widerlichen Methoden die Pierburgchefs aber auch das letzte aus jedem Kollegen herauszuholen versuchen, um ihren Profit zu steigern. Und zwar an einem kleinen Beispiel, einem Band,wo 12 Kollegen die fertigen Vergaser vor der Lieferung einstellen. Zu den vorwiegend türkischen Männern und Frauen gehören noch ein Einrichter und ich als Reparaturmechaniker.

Es heißt, es soll Akkord gearbeitet werden. Zwei Kollegen am Anfang des Bandes sind Zeitlöhner, ebenfalls der Kollege am Ende. 800 Vergaser werden geschafft, der Meister fordert 1200 und droht mit Kürzung des Lohnes (Lohngruppe 1 = 6,01DM). Der Stopper kommt, mißt hier ein bißchen und dort ein bißchen. Der Meister verlangt, daß ich zum Senken der Zeiten am Band mitarbeite mit der Begründung: „Von diesem ausländischen Pack können wir noch viel lernen. Die machen sehr geschickt extra langsam. Denen müssen wir einen Strich durch die Rechnung machen." Ich lehne ab.

Die Kollegen klotzen noch mehr ran, sie schaffen nun 1000-1200. Nun sagt der Meister, nach der Zeitaufnahme müssen 2000 geschafft werden für 130%, also für 7,81 DM. Das Band steht 2 Stunden still, wir diskutieren empört diese Sauerei, die Tagesleistung fällt auf 800 Stück!



In allen möglichen Branchen nutzen die Kapitalisten die Fließbandarbeit, um die Arbeiterinnen in unverschämtester Weise auszubeuten. Hier bei der Herstellung von Toastern, bei Solex zur Herstellung von Vergasern.

Als der Einrichter krank war, übernahm ich diese Aufgabe für einige Tage. Der Meister empfiehlt mir: „Sie müssen die Kollegen gegeneinander aufhetzen. Uneinigkeit steigert die Leistung, sie schauen sich dann gegenseitig auf die Finger." Ich tue genau das Gegenteil, unbeabsichtigt steigt die Leistung auf 1200-1300 Vergaser.

Nun beschimpfte der Meister eine Türkin, sie würde absichtlich die Arbeit verzögern und die Geschwindigkeit des Bandes steuern. Er droht mit Entlassung. Er läßt die Zähler an den Maschinen abbauen, damit wir Kollegen nicht mehr die geschaffte Anzahl kontrollieren können. Er kürzt willkürlich den Lohn bei einigen Kollegen bis zu 50 Pfennig. Kollegen, die an demselben Tag eingestellt wurden und diesselbe Arbeit verrichten und die gleiche Menge machen, verdienen 30 Pfennig unterschiedlich. Die Zeitlöhner haben keine 7 DM, müssen aber wohl oder übel diese Antreiberei mitmachen, daß die anderen Kollegen nicht behindert werden. Das ganze System ist kein Akkord, sondern eine Mischung aus Arbeitshetze, Schikanen und Terror.

Nach dem Austeilen der Lohnzettel steht das Band wieder still. Statt zu ackern wird diskutiert. Einige Kollegen verscheißern den Meister: „Warum nicht 2500 oder 3000 Vergaser, warum nicht 2,50DM Stundenlohn?"

Der Meister holt den freigestellten türkischen Betriebsrat, der als Dolmetscher für die Firma fungiert. Er läßt uns durch ihn verklickern, daß wir mehr ackern sollen, sonst würde das Geld noch weniger. (Dieser Betriebsrat läßt sich bis zu 1000 DM bezahlen von türkischen Bekannten für die Vermittlung eines Arbeitsplatzes bei Solex. Einmal wurde nach der Probezeit so ein Bekannter wieder entlassen, da konnte sich dieses Schwein an nichts mehr erinnern. Heute fährt er einen roten Mercedes 250 Automatik. Ganz nebenbei: Vor kurzem verschwand die Beitragskasse der IGM aus dem Betriebsratsbüro. Wo ist sie geblieben?). Auch an diesem Tag wurden wieder nur 800 Vergaser fertig. Es herrscht ungeheure Empörung unter uns Kollegen. Wir schließen uns dabei immer fester zusammen. Das Spaltungsspiel des Meisters versagt immer mehr.

Nun gibt der Meister jedem Kollegen einen Zettel mit einer unterschiedlichen Stückzahl für 130%. Wie sollen aber an einem Band an den Stationen verschiedene Stückzahlen gemacht werden? Er fragt eine Kollegin, die 1200 Vergaser machen soll, ob sie wenigstens 800 schaffen kann, das wäre ja auch genug. Die Kollegin: Nein, 600. Er hängt eine Liste an die Wand mit der erzielten Tagesleistung und errechnet danach den Stundenlohn: 4,46 DM. Darauf arbeitet das Band wieder langsamer. **Voll Wut, daß seine Schikanen nicht fruchten, fragt der Meister nach der Ursache. Die Antwort: Der Zettel muß weg.**

Eine Stunde später hat der Meister ihn abgemacht, hängt aber einen neuen an, ohne den Lohn auszurechnen. Als „Strafe" schreibt er keine Arbeitshandschuhe mehr aus und auch keine Waschpaste mehr. „Die wäre eh nur für Einrichter!" (die sich die Hände am wenigsten schmutzig machen).

Weihnachten heißt es: Ist bis Mittag alle Arbeit weggeputzt, dann kann gefeiert werden. Da an unserem Band viel zu tun ist, müssen wir bis 15.00 Uhr ackern. Andere Kollegen werden mittags aus ihrer Abteilung an unser Band versetzt, trotz der Versprechung. Statt Weihnachtsstimmung — Totenmontag.

Nachdem mir mehrere Male gute Arbeitsleistung vom Meister bescheinigt wurde, sowohl Lohnerhöhung (bei 8,65 DM für Lohngruppe 5) als auch eine Einrichterstelle in Aussicht gestellt wurde, sollte ich als Urlaubsvertretung das Band übernehmen. Als ich auch Einrichterlohn (30 — 50 Pfennig mehr) verlangte, wurde ein Einrichter aus einer anderen Abteilung, die gerade kurzarbeitet, als Vertretung angelernt. Wegen dieser Schikane schaffte das Band wieder nur 900-1100 Vergaser! Als dieser Einrichter mal zu spät kam, wurde wieder ein neuer geholt.

Freitag erhielt ich nun nach 13 Wochen Betriebszugehörigkeit die Kündigung. Angeblicher Grund: „Arbeitsmangel". Draußen am Tor steht aber: Mechaniker gesucht, und das Arbeitsamt schickt Bewerber auf Anforderung der Firma. Allerdings wird in einigen Abteilungen kurzgearbeitet. Alle Kollegen sind stocksauer, durchschauen die Lüge sofort und erkennen hierin einen weiteren Angriff der Geschäftsleitung. Die Einigkeit ist noch größer geworden, aber was können wir konkret machen?

Am nächsten Tag unterschreiben alle Kollegen bis auf einen, daß die Kündigung ungerechtfertigt ist. Das ist ein großer Erfolg angesichts der Unterdrückung durch den Meister, der drohenden Entlassung bei der augenblicklichen Kurzarbeit in anderen Abteilungen, angesichts des Verhaltens der Betriebsräte als verlängerter Arm der Geschäftsleitung. Zum einen hat der scharfe Druck entsprechenden Gegendruck erzeugt, zum anderen konnte ich durch mein Verhalten die beabsichtigte Spaltung überwinden helfen und die Einigkeit herstellen.

Ich ging zu einem Betriebsrat, der über eine oppositionelle Liste in den Betriebsrat gewählt wurde. Er war empört, wußte nichts von der Kündigung. Wir gingen zusammen zu einem Betriebsrat der Kündigungsschutzkommission, der ebenfalls nichts wußte. Der Betriebsausschuß hatte die Sache allein beschlossen. Er wurde ja gerade geschaffen, zur Ausschaltung der Betriebsräte, die noch einen Funken Ehrlichkeit und Klassenstandpunkt besitzen.

Dann ging ich ins Betriebsratsbüro, wo 5 Betriebsräte zusammenhockten. Sie sagten mir, wie froh sie seien, daß nur Kollegen entlassen werden, die wegen einer Betriebszugehörigkeit von weniger als einem halben Jahr noch keinen Kündigungsschutz besäßen. Das sei doch sehr sozial, dem müßten sie im Interesse der Stammbelegschaft doch unbedingt zustimmen. Außerdem erwarte unser Band demnächst auch Kurzarbeit und weitere Entlassungen. Dann hatte der türkische Betriebsrat schon von den Unterschriften gehört und wollte mich darauf festnageln. Darauf habe ich nicht gehört, sondern schnurstracks das Büro verlassen. Das habe ich alles meinen Kollegen am Band erzählt. Ich bin der Überzeugung, daß hier die Illusionen, die in den Betriebsrat bestehen, mächtig angekratzt wurden.

Um diesen Kampf gegen die scharfe Ausbeutung und meine Entlassung einem Sieg zu bringen, wäre eine Verbreitung, eine Ausweitung über grössere Teile des Betriebes notwendig gewesen. Dazu war ich aber noch zu kurze Zeit im Betrieb. Nach dem 1. Tag der Kündigungsfrist mußte ich meinen Urlaub nehmen. Wir beschlossen, diese noch zu wenigen Unterschriften zu vernichten. Die Zahl war zu klein, das Risiko der Entlassung zu groß. Aber der Kontakt zu den fortschrittlichen Kollegen besteht weiter, besonders bei zweien ist das Interesse am Ausweg aus dieser Situation der ständigen Ausbeutung und Unterdrückung, am Sozialismus und wie wir dahinkommen, durch diesen Kampf voll entfacht.

12. 1. Ein Genosse aus Westberlin.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

ZÜND KERZE Nr:1 Januar 1976 6. Jahrgang

BETRIEBSZEITUNG DER KPD/ML Opel Rüsselsheim

Opel-Betriebsrat in der Sowjetunion

„Autowerker-Paradies" oder faschistische Diktatur?

Wie man Ende letzten Jahres in der Rüsselsheimer Presse, einschließlich Opel-Post, lesen konnte, waren Betriebsratsvorsitzender Heller, Stellvertreter Müller, sowie der Vorsitzende der Vertrauenskörperleitung, Helmut Späth, eine Woche in der UdSSR, um sich dort die Togliatti-Werke zeigen zu lassen. Nach ihrer Rückkehr waren sie des Lobes voll. So verstieg sich Heller sogar zu der Behauptung, was er erlebt habe, sei ein „fast ideales Automobilwerk, wo die Arbeitnehmer im Mittelpunkt stehen".

Beeindruckt zeigten sich die Herren Betriebsräte nicht nur von den „sozialen" Leistungen in der Sowjetunion, sondern auch von der Ausgestaltung des „eigenen" Arbeitsplatzes. Typisch seien hohe Pflanzen und Aquarien an den Bändern, in den Pausen werde „ganz selbstverständlich" Domino gespielt.

Wahrlich, wahrlich, welchem Opel-Arbeiter läuft da nicht das Wasser im Mund zusammen?! Nur, einige Tatsachen wurden den Herren Betriebsräten nicht gezeigt und die wollten sie wohl auch gar nicht sehen.

Die Tatsachen nämlich, daß die Sowjetunion von heute unter der Herrschaft einer faschistischen Diktatur von der Art Hitlers steht. Die Sowjetunion von heute ist weder „sozialistisch" noch auf dem Weg zum Kommunismus, wie Breschnew, Kossygin und ihre Nachbeter bis hin zur D„K"P mit ihrem „Motor" behaupten. Das sind nur Aushängeschilder, um die Völker zu betrügen. Sozialismus in Worten, Faschismus in Taten — das ist die wirkliche Natur der Herrschaft Breschnews, Kossygins und Co. Über eine Million politische Gefangene sind wohl der beste Beweis dafür.

Von der Elbe bis zum Stillen Ozean unterdrücken die sowjetischen Neuen Zaren Hunderte Millionen Menschen. Mauer und Stacheldraht in der DDR, Panzer und Besatzerstiefel in Polen und der Tschechoslowakei, Arbeitslager, Gefängnisse und Irrenanstalten, in die politische Gefangene gesteckt werden — das sagt mehr über die wahre Natur des sozialfaschistischen Regimes aus als tausend noch so schöne Erklärungen, wie sie jetzt Heller, Müller und Späth abgegeben haben. Sie und ihre D„K"P-Freunde Lang im Betriebsrat, oder aber Welskop, der ja auch auf ihrer Liste zur Wahl stand, sie wollen uns ein derartiges Regime als Hort der Freiheit und des Sozialismus verkaufen, was sich die westdeutsche Arbeiterklasse als Vorbild nehmen soll.

Für ein derartiges „Autowerkerparadies" danken wir Herrn Heller. Er hat wieder einmal gezeigt, auf welcher Seite er steht!

Unmenschliche Arbeitsbedingungen

In den Betrieben haben die Arbeiter nicht nur unter der unerhörten Ausbeutung, dem Rationalisierungsterror, den Antreibereien der Meister und Vorarbeiter zu leiden, sondern auch unter den unmenschlichen Arbeitsbedingungen.

Gestank, Zugluft, Lärm, Abgase usw. sind nur ein kleiner Ausschnitt aus der ganzen Palette von diesen Arbeitsbedingungen, die dazu beitragen, daß die Kollegen ruiniert werden. Aus den Betriebszeitungen der Betriebszellen von Hella in Recklinghausen und von Siemens in Westberlin drucken wir im folgenden zwei Enthüllungen über diese Zustände in Auszügen ab.

Dicke Luft in Abteilung 5



Wenn die Kollegen aus Abteilung 5 morgens ihre Arbeit beginnen, müssen sie schon gefährliche Dampfwolken einatmen. Bei dem Aufladen der Ameisen in dieser Abteilung wird Schwefel freigesetzt, da die Batterien offen geladen werden müssen und durch die Ladeenergie ein Teil der Batteriefüllung verdunstet. Die Schichtarbeiter müssen während des Ladevorgangs teilweise in unmittelbarer Nähe der Ladestation arbeiten. Die anderen Kollegen finden am nächsten Morgen eine übelriechende Dunstglocke in einem Teil der Halle vor.

Einige Kollegen haben sich bereits beim Betriebsrat und bei der Geschäftsleitung beschwert, von beiden wurden sie vertröstet und ihnen der lächerliche „Vorschlag" gemacht, sie könnten ja zwischendurch das Aufladen unterbrechen. Dabei haben die Kollegen die einzig richtige Forderung gestellt:

RAUS MIT DER LADESTATION AUS ABTEILUNG 5!

Diese Forderung ist berechtigt und wir unterstützen sie. Aber der Gestank durch das Aufladen der Ameisen ist nicht das einzige, was diese Abteilung so „gemütlich" macht. Eine Stunde nach Arbeitsbeginn ist bereits die ganze Halle vernebelt. Beim Bearbeiten der Werkstücke verdunstet das Bohrwasser. Die mickrige Absauganlage kann den Dunst nicht bewältigen, die Kollegen sind den ganzen Tag diesen äußerst ungesunden Verhältnissen ausgesetzt und müssen dabei noch Akkord schubbern. Auch dazu haben die Kollegen eine berechtigte Forderung gestellt:

EINE NEUE ABSAUGANLAGE MUSS GEBAUT WERDEN!

Höllenlärm bei Hella



Ohrenbetäubender und nervtötender Lärm an beiden Hörnerbändern. Schon seit Fertigstellung der Bänder war es laut. Doch seitdem im letzten Jahr noch zusätzliche Vorrichtungen und Maschinen angebaut wurden, ist der Lärm unerträglich.

Warum ist es so laut? Weil das ganze Band ohne jegliche Lärmschutzvorrichtung gebaut wurde.

Warum werden keine Lärmschutzvorrichtungen gebaut? Weil diese Geld kosten, was den Profit der Hella-Kapitalisten schmälern würde. Die Gesundheit der Kolleginnen vorn am Band interessiert sie einen Dreck. Nicht nur für das Gehör, sondern auch für die Nerven ist der Lärm schädlich. Endstation Nervenheilanstalt für Hella-Arbeiterinnen? Nein! Darum, Kolleginnen, fordert gemeinsam:

LÄRMSCHUTZMASSNAHMEN!

Revisionistisches

RAUSCHENDE BALLNACHT

Daß die neue Bourgeoisie in Jugoslawien, wie auch in der Tschechoslowakei der westlichen Bourgeoisie im Punkte Verschwendungssucht in nichts nachsteht, dafür gab die Jubiläumsfeier der Belgrader Konstruktionsfirma „Union" ein Beispiel. Der Anlaß zur Feier war eigentlich eher mager: zehnjähriges Zusammenarbeiten zwischen dem Belgrader Staatsunternehmen mit einigen Staatsfirmen in der Tschechoslowakei. Aufwand wurde jedoch nicht gescheut. Wie selbst die jugoslawische Nachrichtenagentur „Tanjug" feststellte, wurde hier gefeiert als habe der Schah von Iran Tina Onassis geheiratet, und Nelson Rockefeller sei Trauzeuge gewesen.

Die jugoslawische Betriebsdirektion hatte eine Boeing 727 gechartert, drei Stars der Belgrader Oper, ein zehnköpfiges Volksmusikensemble sowie 50 Akrobaten engagiert. Ergänzt wurde diese Truppe in der CSSR noch mit einem Prager Ballett sowie 16 „Geigerinnen", die aber, wie sich herausstellte, ihre Instrumente zu Hause „vergessen" hatten. Nach einer rauschenden Nacht in der Smetana-Konzerthalle in Prag, in der Unmengen von Speisen und Getränken vertilgt wurden, bildete eine Bootsfahrt durch den Morgennebel der Moldau den Abschluß.

Die 110000 Dollar, die diese „Betriebsfeier" gekostet hatte, wurden nicht nur von den Beamten, Funktionären und Managern der beiden Betriebe verpraßt: Unter den rund 250 mitfeiernden Tschechen waren lediglich 30 Personen, die dem Betrieb angehörten.

Ein Arbeiter war unter dieser illustren Gesellschaft natürlich nicht zu finden. Für die Arbeiterklasse nämlich hält Tito etwas anderes bereit: „Im kommenden Jahr", erklärte sein Premierminister den Arbeitern im Dezember, „werden wir viel mehr arbeiten und weniger konsumieren müssen. Wir sind gezwungen, die Importe drastisch auf die Befriedigung der elementarsten Lebensbedürfnisse einzuschränken."

DIKTATUR DES PROLETARIATS? — „UNERTRÄGLICH"

Nachdem die französischen Revisionisten der KPF schon seit langem den Kampf für die Diktatur des Proletariats, für die proletarische Revolution 100% verraten haben, wollen sie nun auch den Begriff „Diktatur des Proletariats" aus ihrem Programm endgültig streichen. Vor dem französischen Fernsehen erklärte der französische Revisionistenführer Marchais dazu: „Wir stehen im Jahr 1976 ..., die Kommunistische Partei ist nicht erstarrt. Sie ist nicht dogmatisch. Sie weiß, sich den Verhältnissen ihrer Zeit anzupassen. Und heute entspricht das Wort „Diktatur" nicht mehr dem, was wir wollen. Es hat eine unerträgliche Bedeutung, entgegen unseren Zielen, unseren Thesen. (...) Es bedeutet jedoch nicht, daß wir unser eigentliches Ziel aufgeben: den Sozialismus in den Farben Frankreichs."

Lenin hat mit seiner Feststellung, über die Bedeutung der Frage der Diktatur des Proletariats zugleich ein vernichtendes Urteil über die Revisionisten gesprochen, als er schrieb: „Wer **nur** den Klassenkampf anerkennt, der ist noch kein Marxist ... Den Marxismus auf die Lehre vom Klassenkampf zu beschränken, heißt den Marxismus stutzen, ihn entstellen, ihn auf das reduzieren, was für die Bourgeoisie annehmbar ist. Ein Marxist ist nur, wer die Anerkennung des Klassenkampfes auf die Anerkennung der **Diktatur des Proletariats** erstreckt. Hierin besteht der tiefste Unterschied des Marxisten von durchschnittlichen Klein- (und auch Groß-) bourgeois." Das eigentliche Ziel der französischen Revisionisten ist nichts anderes als der „Sozialismus" unter den Farben der französischen Bourgeoisie.

Dezember-Ausgabe von "Albanien heute"

Der Kampf der PAA gegen den Chruschtschow-Revisionismus

Am 8. November 1975, dem 34. Gründungstag der Partei der Arbeit Albaniens, erschien in der Volksrepublik Albanien der 19. Band der Werke des Genossen Enver Hoxha. In der Anfang des Jahres zur Auslieferung gelangten jüngsten Ausgabe der deutschsprachigen, politisch-informativen Zeitschrift „Albanien heute" werden eine Reihe wichtiger Texte dieses Bandes veröffentlicht. Unter anderem der vollständige Text der historischen Rede des Genossen Enver Hoxha auf der Moskauer Beratung. Diese Materialien dokumentieren eindrucksvoll den prinzipienfesten, entschlossenen und siegreichen Kampf der Partei der Arbeit gegen den Chruschtschow-Revisionismus.

Zu den imperialistischen und revisionistischen Propagandalügen gehört die Behauptung, die Partei der Arbeit hätte keinen eigenständigen Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus geführt, sondern sei lediglich ein „chinesischer Stützpunkt in Europa". Damit soll nicht nur der für die Marxisten-Leninisten der ganzen Welt äußerst bedeutsame Kampf der PAA gegen den modernen Revisionismus geleugnet werden. Der gesamte Kampf um die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung soll so als „Machtkampf" zwischen China und der UdSSR hingestellt werden. Es handelt sich vor allem auch um eine Verleumdung der Kommunistischen Partei Chinas und der Volksrepublik China, denen „Großmachtinteressen" unterstellt werden, um sie auf eine Stufe mit dem Großmachtchauvinismus der Neuen Zaren im Kreml zu stellen. Dagegen beweisen die in „Albanien heute" veröffentlichten Materialien des 19. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha, daß allerdings die Chruschtschow-Clique mit verschiedenen Methoden versucht hat, Druck auf die Partei der Arbeit Albaniens auszuüben, um ihr eine Zustimmung zur Verurteilung der KP Chinas abzupressen. Diese Versuche aber haben aufgrund der unbeugsamen, prinzipienfesten, marxistisch-leninistischen Haltung der PAA vollkommen Schiffbruch erlitten. „*Wir haben auch ohne Brot und barfuß gekämpft, uns aber nie jemandem gebeugt.*" So antwortete Genosse Enver Hoxha am 12. November 1960 im Moskauer Kreml auf die Erpressungsversuche Chruschtschows. Alle Materialien zeigen, daß die PAA ihre Haltung nicht danach festlegte, ob es „ratsam" sei, sich an die eine oder die andere große Partei anzulehnen, sondern einzig und allein auf der Grundlage des Kampfes um die Verteidigung und Reinhaltung der marxistisch-leninistischen Prinzipien handelte: „*Wenn es gilt die Prinzipien zu verteidigen, können wir nicht darauf Rücksicht nehmen, ob sich der eine oder der andere beleidigt fühlt. Unsere Partei hat sich stets von korrekten marxistisch-leninistischen Haltungen leiten lassen und so wird es immer sein; sie wird stets von prinzipienfestem marxistisch-leninistischem Mut gekennzeichnet sein.*" (Brief an Genossen Hysni Kapo in Bukarest vom 22. Juni 1960). So zeigen gerade die jetzt veröffentlichten Werke des Genossen Enver Hoxha, daß die tiefe und enge Kampfgemeinschaft zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens, wie sie sich besonders im Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus entwickelt hat und die heute von so großer Bedeutung für die marxistisch-leninistische Weltbewegung, für den Kampf der Arbeiter aller Länder und der unterdrückten Völker ist, sich auf nichts anderes gründet als auf die marxistisch-leninistischen Prinzipien.

Die Dokumente des 19. Bandes widerlegen auch die revisionistischen Lügen, die Marxisten-Leninisten mit der KPCh und der PAA an der Spitze hätten die kommunistische Weltbewegung gespalten. Sie dokumentieren den prinzipienfesten Kampf der Partei der Arbeit für die Einheit der kommunistischen Weltbewegung. Für diese Einheit konnte es allerdings nur ein Fundament geben: die marxistisch-leninistischen Prinzipien, wie sie in der Moskauer Erklärung von 1957 festgehalten waren. Diese gemeinsame Basis hatten die Chruschtschow-Revisionisten vollständig verlassen, sie traten darüber hinaus alle Prinzipien der Beziehungen zwischen den Bruderparteien mit Füßen, fraktionierten, intrigierten und schmiedeten Komplotte, um eine Verurteilung der KP Chinas und der Partei der Arbeit durchzusetzen. **Das zeigt deutlich, daß in Wirklichkeit die Chruschtschow-Revisionisten die kommunistische Weltbewegung gespalten haben.**

Die Dokumente des 19. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha, besonders die Rede Enver Hoxhas auf der Moskauer Beratung, sollte jeder Genosse studieren. **Sie sind eine große Hilfe, um die welthistorische Bedeutung des Kampfes gegen den Chruschtschow-Revisionismus zu verstehen, wie er vor allem von der KP Chinas und der Partei der Arbeit Albaniens geführt wurde.** Sie zeigen die unbeugsame Treue des Genossen Enver Hoxha zum Marxismus-Leninismus, seinen großen revolutionären Mut, mit dem er an der Spitze der Partei der Arbeit die Sache des internationalen Proletariats unerschütterlich verteidigte. **Sie zeigen, daß Genosse Enver Hoxha nicht nur der geliebte Führer der albanischen Kommunisten und des albanischen Volkes ist, sondern ein großer Führer des Weltproletariats und des internationalen Kommunismus.**

Wie der Buchverlag „Roter Morgen" angekündigt hat, ist ein Band in Vorbereitung, der die wichtigsten Dokumente des 19. Bandes der Werke des Genossen Enver Hoxha zum Kampf gegen den Chruschtschow-Revisionismus enthalten wird. Diese Auswahl wird über die jetzt in „Albanien heute" veröffentlichen Texte hinausgehen.

Die Zeitschrift „*Albanien heute*" zum Thema „*Der Kampf der PAA gegen die Chruschtschowrevisionisten auf den Beratungen von Bukarest und Moskau im Jahre 1960*" kann bei der **Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus** bestellt werden.

Amtsverfügung gegen Arbeitslose

„An alle Bediensteten — Betrifft: Störung des inneren Dienstbetriebes durch Agitatoren und Demonstranten." So lautet die Amtsverfügung Nr. 22/75 des Arbeitsamtes Bielefeld. Unterzeichnet vom Direktor des Arbeitsamtes Boll. Herausgegeben im Frühjahr 1975.

In dieser Amtsverfügung heißt es: „Zunehmend versuchen Agitatoren und Sympathisanten radikaler Parteien (...) den Dienstbetrieb zu stören." Was Direktor Boll befürchtet, ist, daß die Arbeitslosen aufgrund der Agitation und Propaganda durch Kommunisten und Revolutionäre die Betrügereien, Schikanen und Unverschämtheiten der Arbeitsämter nicht einfach herunterschlucken, in der Hoffnung doch noch Arbeit zu bekommen, sondern sich dagegen zur Wehr setzen und grundsätzlich ihre rechtlose Lage im Kapitalismus erkennen.

Deshalb hat das Arbeitsamt versucht, die sogenannten Agitatoren aus den Arbeitsämtern zu verweisen. Doch scheinbar nicht mit viel Erfolg, wie Boll schreibt: „Angehörige bestimmter Organisationen haben eine neue Strategie entwickelt, um sich legitimerweise in den Dienstgebäuden der BA (Bundesanstalt für Arbeit — RM) aufhalten zu können. Wie bereits in den vergangenen Tagen einmal praktiziert, lassen sich Anhänger radikaler Parteien von **Leistungsempfängern** bevollmächtigen, deren Interessen gegenüber der BA zu vertreten."

Diese neue „Strategie" liegt Boll anscheinend schwer im Magen, er muß sogar zugeben, daß eine solche Vertretung dem Grunde nach legitim ist und daß in solchen Fällen von „unberechtigtem Aufenthalt" im Arbeitsamt nicht gesprochen werden kann. Deshalb versucht er jetzt den § 123 StGB, Hausfriedensbruch, gegen die „Agitatoren" und Rechtshelfer auf seine Art auszulegen und anzuwenden.

Seine Bediensteten weist er an, von Flugblattverteilern usw., die Personalien aufnehmen zu lassen und ihnen gleichzeitig Hausverbot zu erteilen. Bei den Rechtshelfern, die für ihn eine besondere Schwierigkeit sind, sollen die Bediensteten eine schriftliche Vollmacht, sowie den Ausweis verlangen, gleichzeitig sollen sie die Rechtshelfer auffordern, keinesfalls „Verhandlungen" auf den Fluren zu führen, sondern in den Dienstzimmern, wie in der sogenannten „Widerspruchsstelle". Weigert sich ein Rechtshelfer, so ist das, nach Auslegung von Boll, Hausfriedensbruch. Also Redeverbot über Probleme und Ursachen der Arbeitslosigkeit auf den Fluren. Doch das ist nicht alles.

Bei Gesprächen mit den Arbeitslosen und ihren Rechtshelfern in den Dienstzimmern weist er seine Bediensteten an: „Bei Versuchen Agitation zu betreiben, sind die Verhandlungen sofort abzubrechen und die Rechtsvertreter als Hausfriedenbrecher zu behandeln."

Zu guter letzt warnt Boll seine Bediensteten noch, ja nicht übereifrig zu sein und sich provozieren zu lassen. Boll schreibt in unverschämter Weise: „Die Agitatoren legen es oft gerade darauf an, die Mitarbeiter zu tätlichen Angriffen herauszufordern. Bei allem Verständnis für die nervliche Belastung aller Mitarbeiter **bitte ich dringend** hierauf nicht hereinzufallen, da in diesem Fall die Agitatoren rechtlich stärkere Positionen gewinnen. Körperliche Gewalt ist erst zugelassen, **wenn eine Notwehrsituation** eintritt (...) Der ständige Vertreter des Polizeipräsidenten in Bielefeld, Herr Leitender Polizeidirektor Ciesinger, hat ausdrücklich versichert, daß die Polizei sofort eingreift, wenn die Aufforderung hierzu von den zuständigen Stellen ausgeht."

Diese Amtsverfügung ist ein einziger Ausdruck der Angst davor, daß sich die Arbeitslosen zusammenschließen und sich die Unterdrückung und tierische Behandlung durch die Arbeitsämter nicht mehr gefallen lassen. Diese Furcht des Herrn Boll ist zutiefst berechtigt, denn die Arbeitslosen werden sich trotz solcher Amtsverfügungen zusammenschließen, sie haben nichts zu verlieren, nicht mal ihren Arbeitsplatz, und wir Kommunisten unterstützen die Kollegen dabei und kämpfen für die Einheit der arbeitslosen Kollegen mit den Kollegen die im Betrieb ausgebeutet und unterdrückt werden, damit sie sich gemeinsam gegen den Kapitalismus erheben.

Vom Aufbau des Sozialismus

DER LEBENSSTANDARD DER CHINESISCHEN WERKTÄTIGEN VERBESSERT SICH STÄNDIG

Im Gegensatz zu den kapitalistischen und revisionistischen Ländern, wo sich das Leben der Werktätigen infolge der Ausbeutung ständig verschlechtert, geht in China mit der raschen Entwicklung des sozialistischen Aufbaus eine stetige Verbesserung des Lebensstandards der Werktätigen einher. Im Neuen China hat jeder arbeitsfähige Bürger Arbeit, ausgenommen die Alten und diejenigen, die Schulen oder Hochschulen besuchen. Auch die Zahl der Hausfrauen, die in Fabriken oder Dienstleistungsbetrieben, die von den Nachbarschaftskomitees betrieben werden, arbeiten, nimmt ständig zu. Um die arbeitenden Mütter von Hausarbeiten zu entlasten, wurden von den Nachbarschaftskomitees viele Krippen und Kindergärten eingerichtet.

In den vergangenen 26 Jahren hat der Staat zweimal das Lohnsystem reformiert und die Löhne der Arbeiter und Angestellten mehrmals angehoben, so daß der Durchschnittsverdienst in industriellen und anderen Unternehmen jetzt mit 60 Yüan im Monat um 50% höher als 1952 ist. Alle Arbeiter und Angestellten haben kostenlose medizinische Betreuung und andere Sozialleistungen. Weil es in China Vollbeschäftigung und stabile Preise gibt, weil z. B. die Mieten, die Preise für Wasser und Elektrizität zusammengenommen nur etwa 5% des Familieneinkommens ausmachen, weil es in China keine Lohnsteuer gibt und die kollektiven Sozialleistungen beständig ausgeweitet werden (für Renten, medizinische Betreuung und andere Sozialleistungen für die Arbeiter und Angestellten wendet der Staat in jedem Jahr einen Betrag auf, der etwa 70% der gesamten Lohnsumme entspricht) genießen die Arbeiter und Angestellten, obwohl die Löhne nicht hoch sind, ein sicheres Leben frei von Sorgen um den Arbeitsplatz, um das Auskommen im Alter und bei Krankheit, und sie kennen keine Inflation.

Auch der Lebensstandard der Bauern hat sich aufgrund der Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion ständig erhöht. Im Gegensatz zur Sowjetunion, aber auch zur Bundesrepublik, wo Getreide eingeführt werden muß, ist in China die Versorgung mit Getreide gesichert, ganz gleich ob das Jahr besser oder schlechter war. Die kollektiven und individuellen Getreidereserven sind Jahr für Jahr angewachsen.

Die weiten ländlichen Gebiete Chinas, in denen die Menschen früher in Armut und Rückständigkeit lebten, sind heute aufgeblüht. Allgemein wurde das genossenschaftliche System der medizinischen Betreuung eingeführt und ein Netz der medizinischen Arbeits- und Gesundheitspflege überspannt das Land bis in die entlegensten Grenzgebiete. Mehrmals hat der Staat die Ankaufspreise für landwirtschaftliche Produkte erhöht und die Verbraucherpreise für Fertigwaren gesenkt. Heute sind die Ankaufspreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Produkte um über 90% höher als 1950. Aber dies geht nicht zu Lasten der Verbraucher, sondern wird völlig vom Staat getragen. Gleichzeitig wurden die Preise für Industrieprodukte für die landwirtschaftliche Produktion mehrmals herabgesetzt. Kunstdünger, Insektizide und Dieselöl sind heute im Vergleich zu 1950 um ein Drittel bis zwei Drittel billiger, ebenfalls genau entgegengesetzt der Entwicklung in den kapitalistischen und revisionistischen Ländern. So hat sich heute das Einkommen der Bauern, verglichen mit den Tagen vor der Befreiung, in großem Ausmaß erhöht.

Prozeß gegen türkische Patrioten in Köln

Interview mit dem Angeklagten Yüksel

Am 30. 1. 1976 um 9 Uhr soll im Prozeß gegen die vier türkischen Patrioten in Köln das Urteil verkündet werden. Nach 46 Verhandlungstagen und über viermonatiger Prozeßdauer sitzen immer noch drei der Angeklagten in Isolationshaft. Und das jetzt 201/2 Monate. In dem Urteil soll diese Haftdauer jetzt bestätigt oder sogar noch verlängert werden.

Seit 10 Verhandlungstagen durfte nur noch Üksel Ugurlu an der Verhandlung teilnehmen. Die anderen waren für das ganze weitere Verfahren von der Verhandlung ausgeschlossen, wegen ,,fortgesetzten ordnungswidrigen Benehmens vor Gericht". Damit waren sie der elementarsten Rechte, die einem Angeklagten sogar in offen faschistischen Staaten gewährt werden, beraubt: sich persönlich gegen die von der Staatsanwaltschaft zusammenkonstruierte Anklage zu verteidigen. Besonders der Vorsitzende Richter der Staatsschutzkammer Köln, Somoskeoy, zeigte mit diesen und anderen Maßnahmen, wie perfekt das eigens für solche Verfahren geschaffene faschistische Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung angewandt werden kann.

Stattdessen beschlagnahmte das Gericht fast jeden zweiten Brief der Angeklagten, um sich durch Verlesung ein ,,Bild von der Persönlichkeit der Angeklagten" machen zu können. Auch völlig private Passagen von Briefen an Bekannte gehörten dazu.

In faschistischer Manier versuchte schließlich auch ein psychiatrischer Gutachter, die Angeklagten als ,,abnorme Persönlichkeiten" darzustellen. Ömer Özerturgut wurden von diesem Hilfswerkzeug des Gerichts ,,Führerqualitäten" zugesprochen, weil er andere Menschen ,,mitreißen" könne. Damit hat das Gericht endlich etwas, um ihn als ,,Rädelsführer" verurteilen zu können.

Obwohl von der ursprünglichen Anklage der Staatsanwaltschaft (§129) trotz unermüdlichen Bemühens des Gerichts nichts mehr übriggeblieben war, beantragte sie Freiheitsstrafen von 20 bis 30 Monaten. Die „kriminelle Vereinigung" sah sie darin, daß eine Gruppe von türkischen Staatsangehörigen mit dem System in der Türkei unzufrieden waren und deshalb den gewaltsamen Umsturz geplant hätten.

Die Hauptbeweise hierfür: Bücher, Zeitungen, Artikel und Schriften, in denen die revolutionäre Gewalt befürwortet wird. Damit will die Staatsanwaltschaft, daß der noch gar nicht in Kraft getretene §88a Strafgesetzbuch hier für eine Verurteilung nach §129 herangezogen wird.

Nachdem selbst die vom Gericht ausgewählten Zwangsverteidiger gezwungen waren, Freisprüche zu beantragen, müssen wir schon jetzt den Kampf gegen die klammheimlich beabsichtigte Abschiebung der vier Patrioten in die Türkei aufnehmen. Diese Abschiebung kann schon am Tage der Urteilsverkündung durchgeführt werden!

Der ROTE MORGEN sprach mit einem der vier Angeklagten.

RM: Genosse Yüksel, wie ist die politische und wirtschaftliche Lage der Arbeiter aus der Türkei hier in Westdeutschland?

Yüksel: Hier leben 600000 Arbeiter aus der Türkei, mit ihren Familienangehörigen sind es 1,1 Millionen Menschen. Es ist bekannt, daß sie mit allen möglichen Versprechungen von den westdeutschen Kapitalisten hierher gelockt worden sind. Hier aber bekommen sie die niedrigsten Löhne, müssen die schlechteste und schwerste Arbeit verrichten.

Es ist auch bekannt, daß sie die menschenunwürdigsten Wohnungen bekommen und daß sie von der Polizei und von den Ämtern und Gerichten und den reaktionären Ausländergesetzen eingeschüchtert, diskriminiert und kriminalisiert werden. Jederzeit können sie von den westdeutschen Bossen aus den Betrieben geworfen und anschließend in die Türkei abgeschoben werden.

RM: Genosse Yüksel, Ihr werdet jetzt angeklagt, Mitglieder einer „kriminellen" Organisation, der PEF und der ATÖF, zu sein. Welche Beweise hat die bürgerliche Klassenjustiz?

Genosse Yüksel: Als ,,Beweisführung" hat man wochenlang Bücher gelesen, die in einer Wohnung gefunden worden sind. Bücher von Lenin, Ho Tschi Minh und Mao Tsetung oder ein Buch ,,Der totale Widerstand", das bei der Frankfurter Buchmesse besonders angepriesen wurde.

Somoskoey sagte ganz offen: ,,Herr Urgulu, wir wollen überprüfen, ob sie in ihrem Kopf kriminelle Gedanken haben." Unsere politische Gesinnung soll also bestraft werden. Dafür bricht der Staat der Kapitalistenklasse auch seine eigenen Gesetze.

Sie schreien lauthals: In unserem demokratischen Rechtsstaat kann jeder seine Meinung frei äußern. Aber nur solange ihre Klasseninteressen nicht angegriffen werden, solange man über Friede, Freundschaft und Eierkuchen redet. Wir haben jedoch nicht gesagt, daß in der ganzen Welt Friede, Freundschaft, Eierkuchen herrscht, sondern daß in unserem Land der Faschismus und der Imperialismus wüten, daß der revolutionäre Kampf des Volkes dagegen gerecht ist. Nichts anderes hat auch die PEF und ATÖF hier in Europa vertreten. So wird nach der Anklageschrift kriminalisiert, daß die PEF in ihrer Gründungserklärung schreibt: ,,Unsere Aufgaben sind: Die Freundschaft zwischen den Völkern Luxemburgs und der anderen Länder Europas mit dem Volk der Türkei zu fördern" — oder: ,,die breiten Volksmassen über die Lage in der Türkei aufzuklären."

RM: Genosse Yüksel, Du warst 17 Monate in U-Haft, drei Angeklagte sind immer noch im Gefängnis. Wie sind die Bedingungen?



Genosse Yüksel: Obwohl es laut bürgerlicher Klassenjustiz keine Isolierhaft gibt, waren wir ca. 1 Jahr in Isolation. Oder wie soll man es anders bezeichnen, wenn Du außer Backsteinen keinen Menschen siehst, wenn Du drei mal am Tag Guten Morgen, Guten Tag und Guten Abend hörst. Du kommst Dir vor, als wenn Du lebendig begraben wärest. Unsere Post wird eingeschränkt: 5 Briefe in der Woche darfst Du schicken, 5 bekommst Du nur. Wir bekamen eine zeitlang keine Zeitungen, noch nicht einmal reaktionäre Zeitungen aus der Türkei. Laut Beschluß vom Somoskoey, mit der Begründung, die Briefe und die Zeitungen würden die Sicherheit des Knastes gefährden. Besucher haben sie schikaniert und unter fadenscheinigen Begründungen nicht zugelassen. Diese paar Beispiele zeigen, daß die U-Haft nicht der Wahrheitsfindung dient, wie die bürgerliche Klassenjustiz behauptet, sondern allein der Einschüchterung der politischen Gefangenen. Sie wollen sie geistig und körperlich kaputt machen. Hier in der Bundesrepublik gibt es nur für politische Gefangene Isolierhaft.

RM: Der Prozeß gegen Euch läuft schon ungefähr 10 Wochen. Wie ist der Prozeß bist jetzt gelaufen?

Genosse Yüksel: Genau wie die U-Haft offiziell der Wahrheitsfindung dienen soll, so lehnt man auch all unsere Zeugen ab, weist all unsere Anträge zurück — alles zur Wahrheitsfindung. Z. B. Prof. Koll, der beim Frankfurter Prozeß gegen die Genossen Subasi und Dagyeli ein Gutachten über die faschistische Militärdiktatur in der Türkei nach dem 12. März 71 vorgelegt hatte, wurde hier bei unserem Prozeß sofort abgelehnt mit der Begründung, was in der Türkei geschehe, was die PEF und die ATÖF vertreten würden, sei für die Urteilsfindung nicht wichtig. Auf der anderen Seite werden alle Zeugen und Beweisanträge der Staatsanwaltschaft zugelassen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft, mit der Begründung, es stünde im Zusammenhang mit der PEF und ATÖF, sind Hunderte von Wohnungen in der ganzen Bundesrepublik aufgebrochen und durchsucht worden, Hunderte von fortschrittlichen Menschen aus der Türkei vernommen worden.

70 Seiten Anklageschrift gegen die PEF — und dann sagt der Richter: Für uns gibt es keine PEF, keine ATÖF, für uns gibt es nur vier Angeklagte, wir wollen nur überprüfen, ob sie Kriminelle sind oder nicht.

Eine andere Sache. Ich z. B. beherrsche die deutsche Sprache nicht ganz. Ömer kann kein Wort deutsch. Die Übersetzung war für uns von Anfang an ein Problem. Wir konnten dem Prozeß sehr schlecht folgen. Manchmal hat Ömer die entscheidenden Passagen nicht mitbekommen. 1. weil das Gericht keine Rücksicht darauf genommen hat, ob der Dolmetscher so schnell alles übersetzen konnte; 2. weil der Dolmetscher oft falsch übersetzt hat. Hatice und ich haben den Dolmetscher kritisiert. Dafür hat Hatice 12 und ich 5 Tage Ordnungsstrafe bekommen.

Oder ein anderes Beispiel: Der Richter fragt: Hat noch jemand eine Frage? Wir stellen eine Frage. Sie wird beanstandet. So geht es den ganzen Prozeß lang. Daraus allein erkennt man schon, daß er hier nicht um die Wahrheitsfindung geht, daß das Gericht nicht demokratisch und klassenneutral ist, sondern, daß von vorneherein feststeht, daß wir verurteilt werden sollen, weil wir Patrioten unseres Volkes sind, weil wir auf der Seite des Volkes und nicht auf der Seite der Kapitalistenklasse stehen.

RM: Wie groß ist die Gefahr, daß Ihr in die Türkei abgeschoben werdet?

Genosse Yüksel: Wir machen uns keine Illusionen, natürlich werden sie mit allen Mitteln versuchen, uns abzuschieben. Das reaktionäre Ausländergesetz gibt ihnen ja eine gute Handhabe dafür. Wegen des geringsten ,,Vergehens" können ausländische Kollegen schon abgeschoben werden. Wir lieben unser Land, wir haben dafür gekämpft und werden weiter dafür kämpfen. Das Volk der Türkei kämpft für eine demokratische, unabhängige Türkei, frei von Ausbeutung und Unterdrückung. Aber für diesen Klassenstaat ist dieser Kampf kriminell, sind Patrioten, fortschrittliche Menschen und Kommunisten Kriminelle.

RM: Wie kann Deiner Meinung nach diese Abschiebung verhindert werden?

Genosse Yüksel: Die Abschiebung kann nur durch eine breite Solidarität der Bevölkerung verhindert werden. Die bürgerliche Klassenjustiz muß merken, daß jeder Schritt von ihr von der Bevölkerung beobachtet wird. Sie muß merken, daß sie entlarvt wird, daß die Bevölkerung darüber Bescheid weiß, daß vier Patrioten aus der Türkei wegen ihrer Gesinnung abgeschoben werden sollen und überhaupt diese Gesinnung auch hier in der Bundesrepublik kriminalisiert werden soll. Und daß das nicht so einfach hingenommen wird.

Möglichkeiten der Solidarität sind, den Prozeß besuchen, den Freunden und Bekannten darüber zu erzählen, an den Betrieben, Schulen usw. über den Prozeß berichten, Demonstrationen zu veranstalten und Solidaritätsveranstaltungen durchzuführen, Protestresolutionen an die verantwortlichen Richter zu schicken. Es gibt so viele Möglichkeiten der Solidarität. An dieser Stelle möchte ich mich im Namen der anderen Genossen sehr herzlich für Eure schon erteilte Solidarität bedanken. Wir haben Briefe fast aus der ganzen Welt erhalten. Der ungebrochene Kampfgeist der Genossen ist nicht zuletzt ein Resultat Eurer Solidarität.

RM: Genosse Yüksel, wir bedanken uns für dieses Interview und werden Euch in Eurem gerechten Kampf weiter unterstützen.



TROISDORF

Am 15. 1. 76 begann in Troisdorf ein Prozeß gegen drei Rotgardisten. Die Anklage lautete auf Beleidigung, weil sie einen Informationsstand aufgestellt haben sollen, worauf der Mord an Günter Routhier angeprangert worden sei. Der Prozeß wurde vertagt. Bei der nächsten Verhandlung wird Professor Adebar, der die Obduktion von Günters Leiche leitete und von der Staatsanwaltschaft als Kronzeuge für den ,,natürlichen Tod" des Genossen Günter verwandt wird, als Zeuge aussagen.

KIEL

Im November 1975 fand in Kiel der zweite sogenannte Halstuchprozeß statt. Die Genossen waren wegen ,,Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz" einzig und allein auf der Grundlage von 11 Photos angeklagt, die die Polizei vom AP-Trupp Kiel gemacht hatte. Da alle drei Angeklagten vor Gericht beweisen konnten, daß sie dem AP-Trupp gar nicht angehören, zwei von ihnen außerdem zum Zeitpunkt, als die Photos gemacht wurden, nachweislich überhaupt nicht in Kiel waren, mußten die Angeklagten freigesprochen werden. Trotz des Freispruchs zeigt dieser Prozeß, mit welchen Methoden die Bourgeoisie gegen die Kommunisten vorgeht. So hatte einer der jetzt freigesprochenen Angeklagten aufgrund der laufenden Ermittlungen bereits Berufsverbot bekommen.

HAMBURG

Am 12. 12. 75 wurde in Hamburg Renate B. zu 2500 DM Geldstrafe verurteilt, weil sie zwei Wochen vor der Befreiung Südvietnams an einer Kundgebung gegen eine Demonstration der Jungen Union und der CDU in Hamburg (Hauptparole: ,,Kommunisten raus aus Südvietnam!") teilgenommen hatte. Zu dieser Kundgebung war unter anderem von der Roten Hilfe e. V. aufgerufen worden.

VILLINGEN/SCHWENNINGEN

Am 15. 1. 76 fand in Villingen-Schwenningen ein Prozeß gegen zwei Sympathisanten des KJVD statt wegen des Verkaufs der ,,Roten Fahne" und wegen ,,Verkehrsbehinderung", weil sich um die Verkäufer eine Menschenansammlung gebildet hatte. Die beiden Genossen wurden freigesprochen. In der Urteilsbegründung wurde festgestellt, daß der Verkauf der ,,Roten Fahne" keiner Genehmigung bedarf und daß die Bildung einer Menschenansammlung keinen Grund für ein Verbot des Verkaufs durch die Polizei darstellt.

EBRACH

Genosse Bernd Reisser schreibt uns: ,,Mich erreichen in letzter Zeit Päckchen aus dem Ausland. Es ist schade darum, ich darf nichts bekommen — Begünstigung. Bittet doch die Genossen, sie mögen nichts mehr schicken. Es vergammelt nur alles." Wir geben diese Bitte an unsere Leser weiter und erinnern gleichzeitig daran, daß eine gute Möglichkeit, die Genossen in Haft finanziell zu unterstützen, ist, ihnen Briefmarken oder auch frankierte Postkarten zu schicken.

Redaktion des ROTEN MORGEN

DORTMUND

Am 23. 1. 76 fand in Hamm eine Revisionsverhandlung gegen die Genossin Karin Wagner statt. Die Genossin war im Mai letzten Jahres in einem Prozeß vor dem Amtsgericht (Anklage wegen § 90a) freigesprochen worden. Der Richter war der Ansicht, das Flugblatt, für das sie presserechtlich verantwortlich war, gebe die politische Ansicht der KPD/ML wieder, deshalb müsse auf die Genossin das „Parteienprivileg" angewandt werden. Die Staatsanwaltschaft hatte gegen das Urteil Revision eingelegt, und gefordert, die Sache müsse erneut vor dem Amtsgericht verhandelt werden. Diesem Antrag gab das Oberlandesgericht in Hamm statt. Der betreffende Richter am Amtsgericht wurde inzwischen in eine andere Abteilung (Verkehrssachen) versetzt.

KÖLN

Gegen den verantwortlichen Redakteur der ,,Roten Fahne" wurde ein Strafbefehl über 1500 DM verhängt, weil die ,,Rote Fahne" ein Urteil kommentiert hatte, demzufolge Richter Somoskoey nicht als ,,berüchtigter Reaktionär" bezeichnet werden darf.

POLIZEIÜBERFALL AUF GRF-BÜROS

Am 21. 1. 76 überfiel die Polizei in Westberlin die Regionalbüros der GRF (KPD), des KJVD und des KSV. Die Polizisten die zusammen mit Staatsanwälten die Räume durchsuchten und Flugblätter beschlagnahmten, hatten einen Hausdurchsuchungsbefehl vom 11./12. 12. 75 bei sich. Vorwand für diese Durchsuchungsaktion ist ein Verfahren gegen den presserechtlich Verantwortlichen der GRF für Westberlin Christian Heinrichs auf der Grundlage des Paragraphen 90a.

POLIZEIÜBERFALL IM KLINIKUM ESSEN

Am 21. 1. 76 sollte im Audimax des Klinikums Essen eine Veranstaltung des KBW gegen das Strafrechtsänderungsgesetz stattfinden. Der Verwaltungsdirektor des Klinikums, der die Veranstaltung verboten hatte, hatte deshalb bei verschiedenen Räumen die Schlösser in den Türe auswechseln lassen und die Polizei bestellt. Nachdem zivile Polizisten nicht verhindern konnten, daß die Veranstaltung doch, in einem anderen Raum, stattfand, rückte dann uniformierte Polizei an, die den Saal räumte und einen Studenten brutal zusammenschlug und festnahm. Bereits vor zwei Jahren war das Klinikum Essen von Polizei besetzt gewesen. Damals, zum Zeitpunkt der Obduktion der Leiche des Genossen Günter, sollte sie verhindern, daß die Wahrheit über die Ursachen seiner Gehirnblutung ans Licht der Öffenlichkeit kommt.

SPENDENKONTO

Spenden zur Unterstützung politisch Verfolgter bitte einzahlen auf das Konto:

Vorstand der KPD/ML

— Spendenkonto —
Sparkasse Dortmund
Kto.-Nr.: 321 004 547
Stichwort: SOLIDARITÄT

Bei Genossen Heinz im Gefängnis: Haftbedingungen verschärft

Am 14. Januar besuchte ich zusammen mit seiner Frau den Genossen Heinz Baron im Gefängnis. Dort erfuhren wir als erstes, daß im Gefängnis, offensichtlich von der Gefängnisleitung, eine Provokation gegen Heinz gestartet worden war. Es wurde das Gerücht verbreitet, Heinz habe aus Aden in der VR Jemen Post von den im Zusammenhang mit der Lorenz-Entführung befreiten politischen Gefangenen bekommen. Dieser Brief sei durch einen Fehler der Gefängnisleitung durch die Zensur gekommen. Und Heinz würde mit diesem Brief jetzt im Gefängnis prahlen.

Selbstverständlich alles erstunken und erlogen. Aber mit diesen Gerüchten verfolgt die Gefängnisleitung ein bestimmtes Ziel. Hier verplapperte sich auch ein Beamter des Gefängnisses, der offen zugab: ,,Wirken Sie doch auf Herrn Baron ein, daß er diese Redensarten sein läßt. Er wird ja jetzt schon deshalb in Einzelhaft gehalten." Als wir aber hier nachstießen und fragten, ob Heinz wegen seiner politischen Gesinnung in Isolierhaft gesteckt würde, da wollte er von alledem nichts mehr wissen und meinte, 95% aller Gefangenen säßen in Einzelhaft in Münster.

Als wir dann — nach einer Stunde Wartezeit — Heinz besuchen wollten, erschienen zwei geschniegelte Typen von der Gefängnisleitung und meinten, wir könnten Heinz nicht besuchen, da ihm laut Vorschriften zur Zeit gar kein Besuch zustehe. Da wir aber darauf bestanden, zogen sie erst mal wieder ab. Nach einer halben Stunde wurde uns dann der Besuch erlaubt. Vorher wurden wir aber einzeln in das Büro für „Sicherheit und Ordnung" geholt und durchsucht. Als wir eine Erklärung für diese Maßnahme verlangten, erklärten sie uns: Eigentlich könnten sie nichts sagen, aber der Grund seien Vorfälle nach Weihnachten. Uns war schon klar, was sie meinten: die Kundgebungen vor dem Gefängnis und die vielen anderen Beweise der Solidarität mit dem Genossen Heinz. Nachdem wir uns von Heinz verabschiedet hatten, wurde auch er von diesen zivilen Wärtern durchsucht und mußte dabei seine gesamte Kleidung ausziehen.

Sie wollen den Genossen Heinz durch verschärfte Haftbedingungen stärker isolieren und fertigmachen. Aber unser Besuch bei dem Genossen zeigte ganz klar, daß ihnen das nicht gelingt: Heinz nimmt auch aus dem Gefängnis heraus regen Anteil am Leben und dem Kampf der Partei. Direkt am 15. Januar schrieb Heinz eine Beschwerde an die Gefängnisleitung.

Korrespondenzen

Redaktion „ROTER MORGEN" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30

Keine Maßnahmen gegen Brandkatastrophen

Alljährlich um diese Jahreszeit finden die Jahreshauptversammlungen der freiwilligen Feuerwehren statt. Auffällig daran ist, daß gerade hier in der Region Gifhorn das zentrale Thema die Brandkatastrophe im letzten Sommer ist. Noch ist einiges nicht überwunden. So läßt die Beteiligung an diesen Veranstaltungen zu wünschen übrig und dort, wo sie stattfinden, erfolgen die Beförderungen gleich reihenweise.

Am Beispiel der freiwilligen Feuerwehr Fallersleben läßt sich ablesen, was seit der Brandkatastrophe von staatlicher Seite geschehen ist. Stolz wurde ein neues Löschfahrzeug übergeben, als Ersatz für das im Sommer verbrannte.

Aber was wurde getan, um die Feuerwehren mit Gerät auszurüsten, um in Zukunft solche Brandkatastrophen zu verhindern? **Nichts!** Benötigt werden Großhubschrauber, die einige Tonnen Wasser laden können. Denn während der Brandkatastrophe erwiesen sich diese Maschinen als sehr nützlich. Es konnte ein Brand in 20 Minuten gelöscht werden. Aber bis ein löschfahrzeug an den Brandherd im Wald herankam, vergingen Stunden. So kam es auch, daß die fünf Kollegen von Meinersen verbrannten. Über diese Tatsache hilft keine Ehrung von seiten der Bourgeoisie hinweg.

Wie weit der Haß der Bourgeoisie gegen das Volk ist, zeigt eine Äußerung eines Hamburger Politikers, daß man in die Wagen der Schaulustigen mit Panzern der Bundeswehr reinfahren müsse. Diese Hetze gegen Schaulustige entlarvte unlängst eine Leserzuschrift in der hiesigen Regionalzeitung. Da kam die Feuerwehr zu spät, jedoch „Schaulustige" konnten mehrere Personen bei einem Brand in Wesendorf vor dem Tode retten.

Es ist nicht so, daß eigentlich ein Brand eine Katastrophe ist, denn in einem Dorf in der Nähe Wolfsburgs konnte die Bevölkerung gemeinsam einen Brand im Sommer abwehren. Es ist vielmehr so, daß der Imperialismus eine Katastrophe ist und bekämpft gehört in der gewaltsamen sozialistischen Revolution.

Abonnenten für den ROTEN MORGEN gewonnen

Liebe Genossen,

Ich habe Ende des letzten Jahres mit einer mir vorher nur flüchtig bekannten Kollegin eine Prüfung unserer Weiter- und Nebenausbildung ableisten müssen. Bei einer Vorbesprechung zu unserer Gruppenprüfung fielen ihr die revolutionären Bilder an den Wänden der Wohnung auf und wir kamen rasch in eine lange Diskussion über wichtige Fragen und Punkte der Linie der KPD/ML. Es zeigte sich, daß die Kollegin ziemlich fortschrittlich ist und viele Sachen schon richtig einschätzte. Die Prüfung war für uns ein recht großer Erfolg, da wir uns eng zusammenschlossen und solidarisch zusammenstanden.

Gestern nun habe ich die Kollegin wiedergetroffen und auf eine Abonnement des ROTEN MORGEN angesprochen. Sie stimmte sofort zu und wir organisierten, daß sie das Abonnement möglichst schnell bekommt.

Rot Front! Eine Genossin aus Münster

"Freut Euch des Lebens"

Nach dem Bericht eines Bochumer Krupp-Arbeiters

Belegschaftsversammlung ist auf der Hütte,
verhaltene Wut schweigt im Saal.
Da tritt ans Pult mit geschäftigem Schritte
der Chef vom Personal.

Er spricht: „Verehrte Mitarbeiter
Wir haben schwere Zeiten — leider!
Aufträge fehlen, Erträge fallen —
wir müssen alle enger schnallen.

Ja, die Lage ist düster, die Aussicht trüb,
und doch (trotz allem!) hat unser Betrieb
auch dies' Jahr wieder aufzuwarten
mit verbilligten Theaterkarten.

Wir ermöglichen dies (trotz knapper Mittel)
auf Grund selbstlosen Strebens.
Es wird da gespielt ein Stück mit dem Titel —
„Freut Euch des Lebens!'"

— Ja, laßt nun die finsteren Reden,
freut Euch des Lebens, Proleten!

Freut Euch über die Inflation,
die knabbert und nagt am gekürzten Lohn!
Freut Euch der kürzeren Arbeitszeit —
Freut Euch der Kurzarbeit!

Freut Euch der Hetze, der Antreiberei,
freut Euch der wunden Knochen dabei!
Freut Euch der ewigen Angst, der Sorgen:
Bleibt mir der Arbeitsplatz auch morgen?

Schließlich wird ja nicht vergebens
rationalisiert!
Proleten, freut Euch des Lebens —
der Arbeiter wird mit der Sense rasiert!

Und das Sensenblatt pfeift. Es schneidet drein.
Es schneidet ins Arbeiterfleisch hinein
mit gnadenlosem Schnitte -
das steigert die Profite!

Das füllt die Taschen, das hebt die Brust,
das hebt überhaupt die Lebenslust
der Herren, die sich da amüsieren
auf Eure Kosten, und die die Sense führen!

. . . Belegschaftsversammlung ist auf der Hütte
da wird es lebendig im Saal!
Da gellen Pfiffe, da scharren Schritte:
Was soll das Theater?! Verdammt noch mal!

So lange die Herren in Freude leben,
wird's immer nur Not und Elend geben!
Erst muß man die Ausbeuter niedertreten —
Dann freut Euch des Lebens, Proleten!

Neues Kinderbuch aus China



„Fähre am Gischthafen" heißt ein weiteres Kinderbuch aus der VR China, das jetzt über die Gesellschaft zur Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus zu beziehen ist. Es ist eine Bildergeschichte in meisterhaften vielfarbigen Holzschnitten. Bilder und Text wurden von einem Kollektiv des Kulturklubs im Kreis Tjidung (Kiangsu) hergestellt.

Im Mittelpunkt der Erzählung steht ein Soldat der Volksbefreiungsarmee, der bei der Durchführung eines Auftrags auf eine Insel zurückkehrt, bei deren Befreiung vor 20 Jahren er mitgekämpft hat. Damals wie heute scheuen die jungen Frauen der Insel keine Opfer, wenn es um die Interessen des Volkes, um die revolutionäre Sache der Arbeiterklasse geht.

„Fähre am Gischthafen"
Kinderbuch aus der VR China
41 Seiten, 40 Farbdrucke

Zu bestellen bei:
Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2000 Hamburg 11, Postfach 11 16 49

Norman Bethune in China

Bildergeschichte aus China
Text: Dschung Dschi-teng / Illustrationen: Hsü Jung-tschu, Hsü-Yung, Gu Liän-tang, Wang Yi-scheng
Verlag für fremdsprachige Literatur Peking 1975

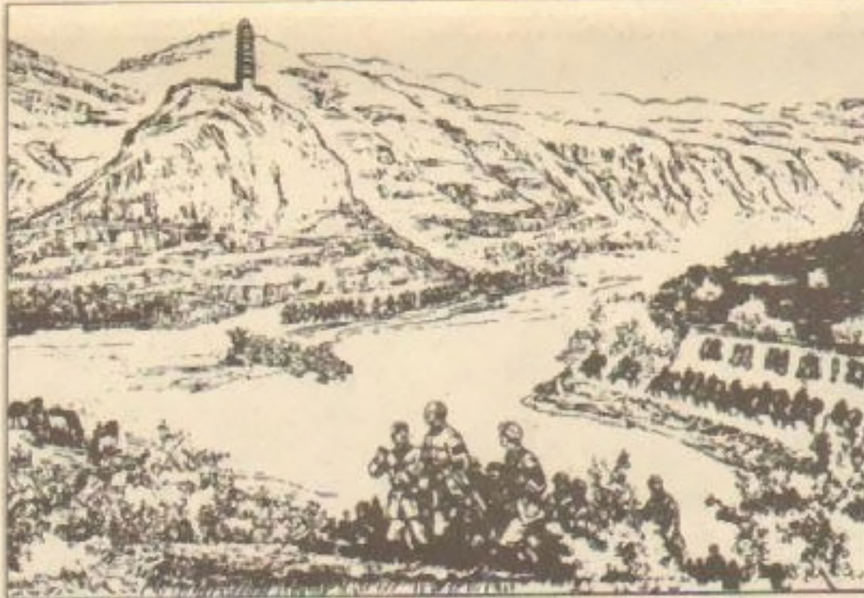
VORWORT

Genosse Norman Bethune, Mitglied der Kommunistischen Partei Kanadas, war ein sehr bekannter Brustchirurg. Als im Jahre 1937 der Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression in China ausgebrochen war, wurde er von der Kommunistischen Partei Kanadas und der Kommunistischen Partei der USA nach China entsendet. Anfang 1938 kam er in China an. Im Frühling desselben Jahres erreichte der Yenan. Der große Führer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao, traf mit ihm zusammen. Genosse Bethune ging in die Stützpunktgebiete hinter den Feinden und wurde im Militärbezirk Schansi-Tschahar-Hopeh medizinischer Berater. Er teilte in den schweren Kriegsjahren mit der Armee und dem Volk des Grenzgebietes Schansi-Tschahar-Hopeh Freud und Leid. Er machte die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes zu seiner eigenen Sache und leistete mit hohem internationalistischen kommunistischen Geist und selbstloser Arbeit Hervorragendes für die Befreiung des chinesischen Volkes.

(Diese Geschichte ist leicht gekürzt — RM).



Anfang 1938 wurde der kommunistische Arzt Genosse Norman Bethune von der Kommunistischen Partei Kanadas und der Kommunistischen Partei der USA nach China entsendet. Er fuhr über das weite Meer, um China beim Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression zu helfen.



Ende März erreichte Genosse Bethune nach der Überwindung vieler Schwierigkeiten die revolutionäre Basis Chinas — Yenan. Hier herrschte eine revolutionäre Lebenskraft, und er sagte begeistert: „In Yenan sehe ich ein neues China."



Kurz nach der Ankunft des Genossen Bethune in Yenan traf der große Führer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao, mit ihm zusammen und führte mit ihm ein herzliches Gespräch.



Genosse Bethune verließ den Vorsitzenden Mao in tiefer Nacht. Vor Aufregung konnte er nicht einschlafen. Er schrieb: „Jetzt ist mir klar, warum Genosse Mao Tsetung jeden Menschen beeindruckt, der ihn sieht. Er ist großartig! Er ist in der heutigen Welt eine der größten Persönlichkeiten."



Er zog die Uniform der Achten Route-Armee an und ging, die Worte des Vorsitzenden Mao stets im Sinn behaltend, an die Front des antijapanischen Widerstandskriegs im Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh. Am Tage des Aufbruchs wurden ihm zwei Ordonnanzen zugeteilt. Er lehnte freundlich ab und sagte: „An der Front werden Kampfkräfte gebraucht. Mir genügt ein kleiner Junge."



Genosse Norman Bethune war zwei ganze Monate unterwegs und mußte Berge übersteigen und Flüsse überqueren. Am 17. Juni erreichte er das Grenzgebiet Schansi-Tschahar-Hopeh und wurde von den Soldaten und den Bewohnern herzlich begrüßt.



Beim Eintreten in den Empfangsraum fragte er: „Wo sind die Verwundeten?" Die Genossen rieten ihm, sich einige Tage auszuruhen. Aber er sagte lachend: „Ich komme hierher zur Arbeit, nicht um Urlaub zu machen. Gehen wir sofort zu den Verwundeten!"



Bei Anbruch des nächsten Tages war Genosse Bethune schon im Krankenhaus des Militärbezirks im Dorf Sungyänkou. Er untersuchte die Verwundeten und begutachtete den Operationssaal. Im Krankenhaus gab es nur einfache Einrichtungen. Es herrschte Mangel an Medizin. Aber das medizinische Personal scheute keine Schwierigkeiten, konstruierte selbst medizinische Instrumente und stellte chinesische Arznei her. Das versetzte ihn in großes Erstaunen.



Gerührt sagte er: „Die Kommunistische Partei Chinas stellt der Achten Route-Armee keine besonderen Waffen zur Verfügung, sondern revolutionäre Kämpfer, die sich auf dem Langen Marsch bewährt haben. Was gibt es, was wir nicht schaffen können, wenn wir solche hervorragenden Revolutionäre haben?"



Von diesem Tag an ging er mit feurigem Eifer an die Arbeit. In der ersten Woche untersuchte er 520 Verwundete. 147 Verwundete wurden von ihm in diesem Monat operiert. Sie wurden geheilt und kehrten zurück an die Front.



Der Leiter des Militärbezirks Schansi-Tschahar-Hopeh übermittelte die Anweisung des Vorsitzenden Mao, daß Genosse Bethune als medizinischer Berater für den Militärbezirk anzustellen sei und jeden Monat hundert Yuan Zulage bekommen solle. Als Genosse Bethune davon erfuhr, schrieb er sofort an den Vorsitzenden Mao, daß er mit dem Volk durch dick und dünn gehen will. Er gab seine Zulage als Zuschuß für die Verpflegung der Verwundeten

(Fortsetzung nächste Woche).

Nachruf des Genossen Teng Hsiao-ping auf der grossen Trauerfeier zu Ehren des Genossen Tschou En-lai

Auf einer ergreifenden Trauerfeier nahmen am 15. Januar Tausende von Menschen in Peking Abschied von Genossen Tschou En-lai, dem großen Führer der Kommunistischen Partei Chinas und des ganzen chinesischen Volkes. (Der ROTE MORGEN berichtete in seiner letzten Ausgabe darüber). Der stellvertretende Vorsitzende des Zentralkomitees der KP Chinas und stellvertretende Vorsitzende des Ministerrates, Genosse Teng Hsiao-ping, hielt während dieser Feier einen Nachruf, in dem er noch einmal die Verdienste des Genossen Tschou En-lai um die chinesische Revolution und den Aufbau des Sozialismus betonte und das chinesische Volk aufrief, am Beispiel dieses hervorragenden Revolutionärs zu lernen, sich noch enger zusammenzuschließen, den Klassenkampf unter der Diktatur des Proletariats fortzusetzen, am Marxismus-Leninismus festzuhalten und ein starkes sozialistisches China aufzubauen. Hier der vollständige Text seiner Ansprache.

Von tiefem Schmerz erfüllt, ehren wir heute das Andenken an ein Mitglied der Führung der Kommunistischen Partei Chinas, einen großen proletarischen Revolutionär, einen außerordentlichen kommunistischen Kämpfer, einen bedeutenden und langerprobten Führer der Partei und des Staates, der aus dem chinesischen Volk hervorgegangen ist: an den Genossen Tschou En Lai.

Seit er 1972 an Krebs erkrankte, widmeten unser großer Führer, Vorsitzender Mao, und das Zentralkomitee dem Genossen Tschou En Lai ihre ständige liebevolle Fürsorge; das medizinische Personal pflegte ihn mit größter Sorgfalt mit den verschiedensten Behandlungsmethoden. Bis zuletzt setzte er seine Arbeit fort und führte einen hartnäckigen Kampf gegen seine Krankheit. Aber sein Zustand verschlimmerte sich und jede Behandlung erwies sich als unwirksam. Am 8. Januar um 9.57 Uhr, stand das Herz des Genossen Tschou En Lai still. Der Verlust unseres Premierministers erfüllt die ganze Partei, die ganze Armee und das ganze Volk mit tiefer Trauer.

Unserer gesamten Partei, unserer gesamten Armee und unserem ganzen Volk, dem Werk der Revolution und des sozialistischen Aufbaus in unserem Land, der Sache des antiimperialistischen, antikolonialistischen und antihegemonistischen Kampfes in der Welt und der internationalen kommunistischen Bewegung wird durch den Tod des Genossen Tschou En Lai ein unermeßlicher Verlust zugefügt. Schon in seiner Jugend weihte sich Genosse Tschou En Lai ganz der Sache der Befreiung des chinesischen Volkes. 1919 nimmt er aktiv an der Bewegung des 4. Mai teil und setzt später seinen revolutionären Kampf gegen Imperialismus und Feudalismus fort. Von 1920 bis 1924 hält er sich erst in Frankreich, später in Deutschland auf, wo er, während seiner Studien, den Marxismus unter den chinesischen Studenten und Arbeitern in Deutschland propagiert. Mitglied der Kommunistischen Partei Chinas seit 1922, wird er Sekretär der europäischen Parteileitung der Liga der Kommunistischen Jugend Chinas und übernimmt die Verantwortung für die Leitung der Partei in Europa. Während des ersten Bürgerkrieges beteiligt er sich an der Nordexpedition und leistet einen wichtigen Beitrag zum Sturz der reaktionären Herrschaft der Kriegstreiber von Beyang. Von 1924 bis 1926 ist er nacheinander Vorsitzender des Parteikomitees der Kommunistischen Partei Chinas im Gebiet Kuangtong-Kuangsi, Leiter der politischen Abteilung der Militärakademie von Whampu, Leiter der politischen Abteilung des 1. Korps der revolutionären Nationalarmee, Mitglied des ständigen Ausschusses und Leiter des Militärausschusses der Kommunistischen Partei Chinas im Gebiet Kuangtong-Kuangsi. Im Winter 1926 arbeitet er im Zentralkomitee der Partei in Schanghai und wird Sekretär der militärischen Abteilung der Kommunistischen Partei Chinas. 1927 ist er der hauptsächliche Führer des bewaffneten Arbeiteraufstandes in Schanghai. Und um die Revolution zu retten, die Tschiang Kai-schek und Wang Djing-we nacheinander verraten hatten, stellt sich Genosse Tschou En Lai, zusammen mit anderen Genossen, an die Spitze des Aufstandes von Nantschang, in dessen Verlauf er als Leiter des Frontparteikomitees arbeitet. Das ist bereits während des zweiten Revolutionären Bürgerkrieges, und er leistet in Schanghai weiter glänzende revolutionäre Arbeit. Schließlich wird er mit den Aufgaben des Leiters der Organisationsabteilung und des Sekretärs der Militärkommision beim Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas betraut.

1931, nachdem er sich auf den zentralen revolutionären Stützpunkt Kiangsi zurückgezogen hat, übernimmt er unter anderem die Verantwortung eines Sekretärs des Zentralkomitees im zentralen Sowjetgebiet, sowie eines Politkommissares der 1. Frontarmee der Roten Arbeiter- und Bauernarmee Chinas, sowie des Vizepräsidenten der zentralen Revolutionären Militärkommission. Nach der Konferenz von Dsunyi, unter Führung des Vorsitzenden Mao, übt er weiter die Funktion eines stellvertretenden Vorsitzenden der zentralen Revolutionären Militärkommission aus und arbeitet mit an der Organisierung und Führung des siegreichen Langen Marsches über 25000 Li, den die Rote Arbeiter- und Bauernarmee durchführt. Im Dezember 1936 ereignet sich der Zwischenfall von Sian, und Genosse Tschou En Lai führt als bevollmächtigter Vertreter unserer Partei die Verhandlungen mit Tschiang Kai-schek, der in Gefangenschaft geraten war. Unter Anwendung des Prinzips, das Vorsitzender Mao ausgearbeitet hatte, verpflichtete er ihn im Lauf der Verhandlungen dazu, den Bürgerkrieg zu beenden, den Zwischenfall von Sian friedlich beizulegen und mitzuarbeiten am Aufbau und an der Entwicklung der antijapanischen Einheitsfront. In der Zeit des antijapanischen Widerstandskrieges ist er Vertreter des Zentralkomitees der Partei und Sekretär des Politbüros im Süden, führt eine Einheitsfrontpolitik durch in dem Gebiet, das die Kuomintang kontrolliert und leitet so die Aktivitäten der Parteiorganisationen. Er arbeitet lange Zeit als Parteibeauftragter in Tschungking, damals Sitz der Kuomintang-Regierung, wo er, unbeugsam gegenüber alle Gefahr, entschlossen die Prinzipien anwendet, die Vorsitzender Mao formuliert hat, und mit aller Kraft die konterrevolutionäre Politik bekämpft, die die Kuomintang verfolgt. Diese Politik bestand darin, der Aggression der Japaner nur passiven Widerstand zu leisten, die Kommunisten dagegen aktiv zu bekämpfen. Zu Beginn des 3. Revolutionären Bürgerkrieges im August 1945 folgt er dem Vorsitzenden Mao nach Tschungking, um mit der Kuomintang zu verhandeln. Nach der Unterzeichnung des „Übereinkommens vom 10. Oktober" führt er in Tschungking und Nanking an der Spitze der Delegation der Kommunistischen Partei Chinas weiter einen unversöhnlichen Kampf gegen die amerikanischen und Kuomintang-Reaktionäre. Im November 1946 kehrt er von Nanking nach Schensi zurück und als im März 1947 die Truppen Tschiang Kai-scheks massiv das Grenzgebiet von Schensi-Kangsu-Ningsia angreifen, bleibt Genosse Tschou En Lai an der Seite des Vorsitzenden Mao in Nordschensi und arbeitet mit an der Leitung des Volksbefreiungskrieges. Während der neuen historischen Epoche, in die unser Land getreten ist, die Epoche der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats, nahm Genosse Tschou En Lai seit der Gründung der Volksrepublik China ständig die Funktion des Premierministers der Regierung wahr und, während einiger Zeit, zusätzlich die des Außenministers. Er wurde stellvertretender Vorsitzender der Militärkommission des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas, stellvertretender Vorsitzender des Nationalkomitees der 1. Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes und Vorsitzender der Nationalkomitees der 2. und 3. Politischen Konsultativkonferenz des chinesischen Volkes. Außerdem wurde er während jeder Legislaturperiode der Nationalversammlung zum Abgeordneten gewählt.



Auf der großen Trauerfeier zu Ehren des Genossen Tschou En-lai kondolierten die Genossen Wang Hung-wen, Ye Kien-ying, Teng Hsiao-ping und andere Führer der Partei und des Staates der Witwe Tschou En-lais.

Seit dem 5. Parteitag wurde Genosse Tschou En Lai auf jedem Parteitag zum Mitglied des Zentralkomitees gewählt. Auf der Konferenz vom „7. August", die das Zentralkomitee 1927 einberief, wurde er zum Kandidaten des Politbüros gewählt. Seit dem 6. Parteitag wählte man in ständig zum Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees. Auf der 5. Plenartagung des vom 6. Parteitag gewählten Zentralkomitees und auf der ersten Plenartagung des vom 7. Parteitag gewählten Zentralkomitees wurde er zum Vorsitzenden des Sekretariats des Zentralkomitees gewählt. Die ersten Plenartagungen der vom 8., 9. und 10. Parteitag gewählten Zentralkomitees wählten ihn in den ständigen Ausschuß des Politbüros. Und auf den ersten Plenartagungen der vom 8. und 10. Parteitag gewählten Zentralkomitees wurde er zum stellvertretenden Vorsitzenden des Zentralkomitees gewählt.

Der Partei und dem Volk treu, kämpfte Genosse Tschou En Lai wie ein Held. Er arbeitete voller Ergebenheit und weihte seine ganze Energie der Durchsetzung der revolutionären proletarischen Linie des Vorsitzenden Mao, um die Sache der Befreiung des chinesischen Volkes und die Sache des Kommunismus zum Sieg zu führen. Unter Führung des Vorsitzenden Mao leistete er einen unschätzbaren Beitrag und vollbrachte unsterbliche Taten, um die marxistische Partei, die die Kommunistische Partei Chinas ist, aufzubauen und zu entwickeln; um die siegreiche Volksarmee aufzubauen und zu entwickeln, um den Sieg in der neudemokratischen Revolution zu erringen und ein neues und sozialistisches China zu schaffen; um die große Einheit der verschiedenen Nationalitäten unseres Volkes zu schmieden, die von der Arbeiterklasse geführt wird und beruht auf dem Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern, die revolutionäre Einheitsfront zu entwickeln; um den Sieg der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus zu erringen sowie den Sieg in der Großen Proletarischen Kulturrevolution und der Bewegung zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius, und um die Diktatur des Proletariats in China zu festigen. Die gesamte Partei, die gesamte Armee und das gesamte Volk erweisen ihm Liebe und Achtung.

In den internationalen Angelegenheiten wandte Genosse Tschou En Lai unbeirrt und tiefgehend die revolutionäre Linie des Vorsitzenden Mao in der Außenpolitik an und beharrte auf dem proletarischen Internationalismus. Auch hier leistete er einen bedeutenden und unvergänglichen Beitrag zur Stärkung der Einheit unserer Partei mit den marxistisch-leninistischen Parteien und Gruppierungen in anderen Ländern, zum Kampf gegen den modernen Revisionismus, zur Entwicklung der internationalen kommunistischen Bewegung, sowie zur Stärkung der Einheit zwischen unserem Volk und den Völkern anderer Länder, vor allem denen der Dritten Welt; zu unseren Bemühungen, Beziehungen zu allen Ländern aufzunehmen und diese Beziehungen weiterzuentwickeln auf der Grundlage der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz; und zur Einheit mit allen Kräften, mit denen wir uns auf internationaler Ebene vereinigen können. All das hat ihm die Achtung der Völker der Welt eingetragen.

Das Leben des Genossen Tschou En Lai war ein ruhmvoller Kampf für die Sache des Kommunismus, ein unbeirrtes Vorwärtsschreiten für die Revolution. Er ist ein Vorbild für unsere gesamte Partei, für unsere gesamte Armee und unser gesamtes Volk.

Wenn wir das Andenken an Genossen Tschou En Lai ehren, dann müssen wir uns begeistern lassen von seiner unfehlbaren Treue zum Marxismus, zum Leninismus und den Maotsetungideen. Von ganzem Herzen liebte und verehrte er unseren großen Führer, den Vorsitzenden Mao. Er verteidigte entschlossen die revolutionäre proletarische Linie des Vorsitzenden Mao, beharrte auf der Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats, kämpfte darum, den Revisionismus aufzuhalten und sein Auftreten zu verhüten. Er weihte sein Leben dem Kampf um die Verwirklichung des großartigen Ideals des Kommunismus.

Wir müssen uns begeistern an der großartigen Eigenschaft, die er personifizierte: Mit ganzem Herzem dem Volke dienen. Unter Führung des Vorsitzenden Mao und des Zentralkomitees der Partei hatte Genosse Tschou En Lai die schwere und verantwortungsvolle Aufgabe, die laufenden Geschäfte der Partei und des Staates zu regeln. Und immer arbeitete er mit ernstem Eifer zum Wohle des chinesischen Volkes und zum Wohle der Völker der Welt, ohne sich jemals durch irgendetwas abschrecken zu lassen, weder durch Schmerzen noch durch Plagen, sich selbst verleugnend und alle Strapazen ignorierend.

Wir müssen uns begeistern an seiner Entschiedenheit im Kampf gegen den Feind. So grausam der weiße Terror auch wütete, so intensiv der bewaffnete Kampf auch geführt wurde, so verbissen die Verhandlungen auch waren, in denen ihm der Feind von Angesicht zu Angesicht entgegentrat, er kümmerte sich niemals um die Gefahr, blieb immer scharfsinnig und mutig, verlor nie seine Entschlossenheit und Kaltblütigkeit und bewahrte ein unerschütterliches Vertrauen in den Sieg.

Wir müssen uns begeistern an seinem entschlossenen proletarischen Klassenstandpunkt. Er war offen und aufrichtig, bedachte das Wohl der Allgemeinheit, beachtete die Parteidisziplin, untersuchte ernsthaft sich selbst, verstand es, sich mit den grossen Massen der Kader zu verbinden und verteidigte die Einheit der Partei. Er unterhielt enge und vielfältige Beziehungen zu den Massen und empfand eine grenzenlose Zuneigung zu den Genossen und zum Volk. Er wandte entschlossen das Prinzip der Einheit von alten Kadern, Kadern mittleren Alters und jungen Kadern an und unterstützte mit der größten Begeisterung die aufsteigenden Kräfte und das Neue, das in der Großen Proletarischen Kulturrevolution geboren wurde.

Wir müssen uns begeistern an der hervorragenden Lebensweise, die ihn auszeichnete: bescheiden und besonnen, offen und von vorbildlichem Verhalten, voll Ausdauer und Schlichtheit. Wir müssen wie er einen proletarischen Lebensstil bewahren und uns dem bürgerlichen Lebensstil entgegenstellen.

Wir müssen uns begeistern an der revolutionären Willenskraft, mit der er seine Krankheit bekämpfte. Trotz der schweren Krankheit, die ihn befiel, hörte er niemals auf, die Prinzipien und die politischen Weisungen des Vorsitzenden Mao zu studieren und anzuwenden, und studierte immer wieder voller Ausdauer die Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin und die Schriften des Vorsitzenden Mao. Selbst als sich sein Zustand verschlechterte, hörte er mit leidenschaftlicher Aufmerksamkeit immer wieder die beiden bedeutenden Gedichte des Vorsitzenden Mao, die zum Jahreswechsel veröffentlicht wurden. Das ist ein hervorragender Beweis für seine revolutionäre Ausdauer.

Genosse Tschou En Lai, dieser große revolutionäre Kämpfer des chinesischen Volkes hat uns für immer verlassen. Wir müssen unseren Schmerz in Kraft verwandeln und uns, unter Führung des Zentralkomitees der Partei mit Vorsitzendem Mao an der Spitze, zusammenschließen wie ein Mann, den Klassenkampf als Ausgangspunkt nehmen, ernsthaft die Theorie der Diktatur des Proletariats studieren, entschlossen die fundamentale Linie der Partei anwenden, auf der Fortsetzung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats bestehen, die revolutionäre proletarische Linie des Vorsitzenden Mao in der Außenpolitik fortsetzen, die Erfolge der großen Proletarischen Kulturrevolution festigen und weiterentwickeln, um die Konsolidierung der Diktatur des Proletariats kämpfen, den modernen Revisionismus bekämpfen und sein Auftreten verhüten, um aus unserem Land einen modernen und starken sozialistischen Staat zu machen und der Sache des Kommunismus zum Sieg zu verhelfen.

Schließen wir uns zusammen, um noch größere Erfolge zu erringen!

Feinde des Volkes von Angola

Fortsetzung von Seite 1

Erfolge erringen konnte. Bis jetzt beträgt die Summer der von den russischen Sozialimperialisten nach Angola geschickten Rüstungsgüter und Militärfahrzeuge schon über 100 Millionen Dollar. In der vergangenen Woche trafen weitere 500 russische „Berater" in Luanda ein, wodurch sich die Zahl des sowjetischen Militärpersonals in Angola auf insgesamt 900 erhöhte. Die Hauptmasse der sozialimperialistischen Söldner, inzwischen fast 10000, sind aus Kuba geschickt worden. Fidel Castro, dieser Vasall der Neuen Zaren im Kreml schämt sich nicht, kubanische Soldaten als Kanonenfutter für die russischen Sozialimperialisten nach Angola zu schicken und das ganze auch noch „antiimperialistische Solidarität" zu nennen.

Ja, jede der beiden Supermächte rechtfertigt ihre Einmischung, ihre Aggression gegen das angolanische Volk damit, der anderen „die Waage halten zu müssen" und dem angolanischen Volk „zu Hilfe zu eilen". Und die russischen Sozialimperialisten und ihre Sprachrohre, die modernen Revisionisten suchen nach Kräften die Tatsache auszunutzen, daß der amerikanische Imperialismus, ebenso wie die südafrikanischen Rassisten, bei den Völkern verhaßt ist, um ihre Einmischung als „brüderliche Hilfe" und „proletarischen Internationalismus" zu tarnen. „Wir halten das nicht geheim", brüstet sich die Prawda am 3. Januar über die Einmischung der russischen Sozialimperialisten. Breschnew dagegen zynisch auf seiner Pressekonferenz, die er mit Kissinger in Moskau gab: „Ich habe keine Fragen, Angola ist nicht mein Land."

Bekanntlich rechtfertigten sich die russischen Sozialimperialisten auch 1968, als sie brutal die Tschechoslowakei überfielen, damit, sie seien zu Hilfe gerufen worden. Und warum haben die Neuen Zaren im Kreml nicht nur den Willen der Völker Afrikas, wie er in den Beschlüssen der OAU über die Gleichberechtigung der drei Befreiungsbewegungen zum Ausdruck kam, mißachtet, sondern darüber hinaus Zwietracht gesät und durch Subversion, Erpressung, Bestechungsversuche und Demagogie versucht, die wachsende Einheit der Völker und Nationen Afrikas zu spalten?

All dies zeigt doch klar, daß die russischen Sozialimperialisten, ebenso wie die amerikanischen Imperialisten, nicht als Freunde nach Angola gekommen sind, sondern als Feinde des angolanischen Volkes. Was sie, wie auch die amerikanischen Imperialisten, lockt, sind die Häfen am südlichen Atlantik, um sie als Stützpunkte für ihre aggressiven Flotten zu benutzen, ist die Versklavung des Volkes, um den nationalen Befreiungskampf und die Revolution zu unterdrücken. Für die russischen Sozialimperialisten soll Angola das Einfallstor sein, um ganz Afrika an sich zu reißen. Ihrer Einmischung vor allem ist es zuzuschreiben, wenn heute für die Einheit der Völker und Nationen Afrikas in Kampf gegen Imperialismus, Hegemonismus und Rassismus eine kritische Lage entstanden ist. Für ihre imperialistischen Ziele sind die russischen Sozialimperialisten zu jedem Verbrechen bereit.

So wurde jetzt bekannt, daß sie nicht nur Waffen an die MPLA liefern, sondern über die Gesellschaft Omnipol und verschiedene Mittelsmänner auch bereit sind, der FNLA und der UNITA Waffen zu schicken, nicht nur um daran zu verdienen, sondern auch, um den Krieg anzuheizen und die Unabhängigkeit und Freiheit des angolanischen Volkes besser vernichten zu können.

Der Krieg in Angola ist kein gerechter Krieg. Er wird von beiden Supermächten geschürt, die in Angola im Rahmen ihrer Rivalität und ihres Kampfes um die Weltherrschaft eingedrungen sind und um die Vorherrschaft in diesem Land kämpfen.

Es zeigt die reaktionäre Natur des westdeutschen Imperialismus, daß er jetzt auch versucht, sich in Angola einzumischen. Wischnewski, Staatssekretär im Auswärtigen Amt hat dazu bereits Gespräche mit einem Vertreter der UNITA geführt und Nau, Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung traf vor kurzem in Lusaka mit Savimbi dem Chef der UNITA zusammen. Die westdeutschen Imperialisten sollen ihre Finger von Angola lassen!

Das angolanische Volk wird seine Freiheit und Unabhängigkeit nur dann verteidigen können, wenn es die beiden Supermächte aus dem Land jagt und es weder ihnen noch sonst irgendjemandem erlaubt, sich in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen. Kissinger und Breschnew, die in Moskau auch um Angola schachern, werden nicht verhindern können, daß sich das angolanische Volk erhebt, um seine Freiheit und Unabhängigkeit zu gewinnen.

Hsinhua Korrespondent Hsin Ching:

Breschnews Orden und das Brot des sowjetischen Volkes

Zehn Orden und andere Auszeichnungen hat Breschnew in den elf Jahren, die er an der Macht ist, vom Obersten Sowjet und anderen Abteilungen erhalten, nahezu eine Auszeichnung im Jahr. Die Sowjetunion aber erlitt in sieben dieser elf Jahre Mißernten. Und der Ernteertrag 1975 war der niedrigste des Jahrzehnts nach großmütigen Schätzungen. So wird wohl die Überlegung erlaubt sein, daß, je mehr die Anzahl blitzender Orden auf Breschnews Brust zunimmt, die Getreideproduktion des Landes desto sichtbarer sinkt und das verfügbare Brot für die sowjetische Bevölkerung desto weniger wird.

In den vergangenen 11 Jahren kaufte die sowjetische Regierung an die 100 Millionen Tonnen Getreide im Ausland (ein Teil davon wurde an mehrere Länder weiterverkauft) und allein 1975 kaufte sie über 28 Millionen Tonnen. Im letzten Oktober unterzeichnete sie in Moskau mit den Vereinigten Staaten ein Langzeitabkommen, demnach die Sowjetunion in den nächsten fünf Jahren jährlich 6 bis 8 Millionen Tonnen Getreide von den USA kaufen will. Gewöhnlich setzen die Sowjetrevisionisten ihren Propagandaapparat groß in Bewegung und prahlen über jedes Abkommen, das zwischen der UdSSR und den USA getroffen wird. Und gerade bei technischen Abkommen besingen sie das Lob von Breschnews „Entspannungsstrategie" und seiner „persönlichen Mitwirkung" und feiern die Abkommen als Beweis für die „Durchführung der Entspannung". Doch seit der Unterzeichnung dieses wichtigen Abkommens sind über zwei Monate vergangen, die sowjetische Presse aber hat noch immer kein einziges Wort darüber verloren.

Wie auch bei den Mißernten gibt die Breschnew-Clique die ganze Schuld dem „schlechten Wetter". Wie aber steht es denn mit den Wetterbedingungen in den nächsten fünf Jahren? Scheinbar hat die sehr vorangeschrittene meteorologische Wissenschaft dieses „entwickelten sozialistischen Staates" vorhergesehen, daß das Wetter in den nächsten fünf Jahren sogar „noch schlechter" sein wird. Und deshalb haben die sowjetischen Führer so schnell ein Abkommen mit den USA über den Ankauf von 30 bis 40 Millionen Tonnen Getreide in den nächsten fünf Jahren abgeschlossen. Die Genauigkeit ihrer Wettervorhersagen ist in der Tat außerordentlich bewundernswert!

Während die Sowjetpresse so tut, als wüßte sie nichts von dem weltweiten Aufsehen über die sowjetischen Mißernten und von den Bettelgängen der Kreml-Führer nach Unterstützung und ihrem Wettlauf um Getreidekäufe, gibt sich diese Presse Betrachtungen hin über Größe und Qualität des Brotes und die „Haltung zum Brot" der sowjetischen Bevölkerung. Ein Artikel in der „Iswestija" vom 10. Dezember mit der Überschrift „Ein großes Stück Brot" zitiert den bekannten russischen Wissenschaftler A. Timiryazev, der schwärmt: „Ein grosses Stück herrlich gebackenes Brot ... ist eine der größten Erfindungen menschlicher Weisheit." Die Bedeutung dieser Frage weit übertreibend, stellt der Schreiber weiter fest: „Die ehrerbietige Haltung gegenüber dem Brot" sei eine Sache, „die tiefe Auswirkungen hat auf die Moral und die geistigen Qualitäten des sowjetischen Volkes." Um die „Haltung gegenüber dem Brot" bei der sowjetischen Bevölkerung zu verbessern, schlägt der Schreiber vor, „mehr Lekkerbissen zu backen — kleine Brötchen", und er sinniert, daß „dann die Leute nicht mehr als notwendig kaufen werden" — im Gegensatz zur gegenwärtigen Lage, wo sie jeweils ein ganzes großes Brot kaufen.

Der Schluß liegt nahe, daß damit etwas „gerechtfertigt" werden soll. Untersuchen wir, wie „gerechtfertigt" das ist: Zehn kleine Stücke Korinthenbrötchen, aus einem Kilogramm Mehl gebacken, das sind neun mehr als ein Laib Brot aus der gleichen Mehlmenge. Wenn jemand mit einem Kilogramm-Brot täglich gut ernährt werden kann, warum sollte er stattdessen dann nicht auch seinen Magen befriedigen können mit sieben oder acht Korinthenbrötchen? Es ist ganz offensichtlich, daß mehr kleine Korinthenbrötchen zu backen bedeutet, daß die Leute weniger Brot kaufen und davon genauso satt werden sollen. Das ist die alleinige Bedeutung davon, daß kleine Korinthenbrötchen gebacken werden sollen.

„Was ist schwerer, ein Kilo Baumwolle oder ein Kilo Eisen?" diese Frage wird oft gestellt, um Kinder zu nekken. Ein Kind antwortet sicher ohne zu überlegen: „Ein Kilo Eisen ist schwerer." Diese Antwort ruft dann unter den Erwachsenen großes Gelächter hervor. Jetzt wird dem sowjetischen Volk eine ähnliche Frage gestellt: Was ist schwerer, ein Brot aus einem Kilogramm Mehl oder 10 Brötchen aus der gleichen Mehlmenge? Ohne Zweifel wird das sowjetische Volk antworten: „Beide haben das gleiche Gewicht." Es wird niemals sagen: „Die zehn Brötchen sind schwerer." Das ist keine Frage, die man nur mit der höchsten „menschlichen Weisheit" lösen könnte. Gleichgültig wieviele Brotlaibe man aus einem Kilogramm Mehl backt, das Gesamtgewicht bleibt gleich. Die Menschen wollen soviel davon essen, wie sie wollen und soviel kaufen, wie sie brauchen, egal ob die Brote groß oder klein sind. Das ist die „richtige Haltung des sowjetischen Volkes gegenüber dem Brot", und diese Haltung wird sich auch wohl kaum ändern. Die sowjetischen Revisionisten argumentieren damit, daß die Menschen in der Sowjetunion weniger Brot brauchen, weil sie angeblich mehr Fleisch haben. Wenn das so wäre, warum geben sie sich dann soviel Mühe, soviel über die Größe des Brotes zu lamentieren und die Menschen aufzufordern, weniger Brot zu kaufen? Wer seinen Magen mit Fleisch füllen kann, den braucht man doch nicht auffordern, nicht mehr Brot zu kaufen.

Die allseitige Restauration des Kapitalismus und die Militarisierung der nationalen Wirtschaft in der Sowjetunion haben zu einem ständigen Rückgang in der Produktion von landwirtschaftlichen und Konsumgütern geführt und zu einer wachsenden Verelendung des sowjetischen Volkes. Die gutgefütterten Herren der Führungsclique der Neuen Zaren verfallen auf eine unkonventionelle Idee und erklären, daß „mehr Korinthenbrötchen gebacken werden" sollen, damit das Volk weniger Brot kauft. Das ist wahrhaftig eine weitere „großartige Erfindung", die die Breschnew-Clique gemacht hat und die ihrer großartigen Erfindung von der „menschlichen Weisheit" in nichts nachsteht. Das Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR sollte Breschnew noch einmal den Titel „Held des Sozialismus" verleihen, für den Beitrag, der unter seiner Führung geleistet wurde zur Entfaltung „menschlicher Weisheit" und der Entdeckung der Vorteile von „kleinen Korinthenbrötchen"!



So sehen die Propagandabilder der Sowjetrevisionisten aus, wie man sie auch in der „UZ", der Zeitung der D„K"P-Revisionisten finden kann, mit der Bildunterschrift: „Alles reichlich und billig".



Doch für die werktätigen Menschen in der Sowjetunion sehen die Tatsachen anders aus. Oft ist es nur ein bißchen Fleisch, Brot, sind es Waren des täglichen Bedarfs, um die die Käufer Schlange stehen

NACHTRAG DER RM-REDAKTION

Wie schwer inzwischen die Bevölkerung an Brotmangel zu leiden hat, ist der sowjetischen Zeitung „Landleben" zu entnehmen, an die viele Dorfbewohner Leserbriefe schrieben, weil „in vielen Konsumläden kein Brot, keine Brotprodukte und andere Waren des täglichen Bedarfs zu kaufen sind". Die Folge ist, wie es in der Zeitung heißt: „Die Einwohner konnten nicht zur Arbeit gehen und müssen in die Städte fahren um einzukaufen." Um dem Druck der Bevölkerung auszuweichen, griff die Regierung zu „Maßnahmen": die stellvertretenden Vorsitzenden der Konsumgenossenschaften von Rjasan und Belgorod erhielten eine Rüge, drei Bezirksleiter wurden „gemaßregelt", fünf Verwalter „kritisch unter die Lupe genommen" und fünf weitere „streng verwarnt". Offensichtlich war es ihnen wohl nicht gelungen, die Bevölkerung genügend von den „Weisheiten des Kreml" und seiner Entdeckung der kleinen Brötchen zu überzeugen.

Privatläden eröffnet

Lebensmittelknappheit in Polen

Nicht anders als in der Sowjetunion herrscht auch in den anderen revisionistischen Ländern Osteuropas Lebensmittelknappheit als Folge der Krise, in der sich diese Länder durch die vollständige Wiederherstellung des Kapitalismus befinden.

Als eine wichtige Maßnahme zur Verbesserung der Lebensmittelversorgung der Bevölkerung haben die polnischen Behörden jetzt angekündigt, daß wieder private Bäckereien und Metzgereien eröffnet werden sollen. Doch was haben die Werktätigen in Polen davon, ob ihnen das Geld von staatlichen Bäckereien oder von privaten Bäckereien aus der Tasche gezogen wird, ob sie an diese oder jene höhere Preise zu zahlen haben? Den Schnitt macht so oder so die neue Bourgeoisie in Polen, sei es über den Staatshaushalt, über den sie sich versorgt, sei es über den unmittelbaren Privatbesitz dieser oder jener Bäckerei.

Zum anderen aber bleibt es ein Geheimnis der polnischen neuen Bourgeoisie, wieso durch die Eröffnung privater Bäckereien und Schlachtereien Fleisch und Backwaren plötzlich zunehmen sollten? Die Ursachen für die Lebensmittelknappheit sind schließlich nicht darin zu finden, daß die Produktion nicht nachkommt, sondern, daß es an Getreide und Vieh fehlt, daß die polnische Wirtschaft nicht auf die Interessen und Bedürfnisse der Werktätigen, sondern auf die der russischen Sozialimperialisten und der neuen polnischen Bourgeoisie abgestimmt ist.

Und so dient auch die Eröffnung privater Bäckereien und Metzgereien nicht den Werktätigen, sondern sie gibt Vertretern der neuen Bourgeoisie die Möglichkeit, profitträchtig Kapital anzulegen, zu offeneren Formen der kapitalistischen Ausbeutung überzugehen. Das bestätigt sie auch dadurch, daß diese neuen Betriebe durch den Staat auch noch gefördert und unterstützt werden sollen. Die Lage auf dem Lebensmittelmarkt aber wird sich keineswegs verändern — es sei denn, daß durch diese Bäckereien und Metzgereien der Schwarzmarkthandel, der in allen revisionistischen Ländern zu einer Geißel gegen die Werktätigen geworden ist, noch mehr aufblüht.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Brasilien

Die Partei leitet den Befreiungskampf

Die Kommunistische Partei Brasiliens kämpft, um die breiten Volksmassen für den Sturz des faschistischen und amerikahörigen Regimes der Generäle zu mobilisieren, das seit 1964 eine grausame Terrorherrschaft über das brasilianische Volk errichtet hat.

Die faschistische Militärdiktatur war die Antwort der amerikanischen Imperialisten und der brasilianischen Ausbeuterklassen, der Großbourgeoisie und der Großgrundbesitzer auf den wachsenden revolutionären Kampf des brasilianischen Volkes. Heute, zwölf Jahre später, geht das Land, wie das Zentralkomitee der KP Brasiliens auf einer seiner letzten Tagungen feststellte, einer beispiellosen Krise entgegen und ist davon bedroht, vollständig in die Abhängigkeit des ausländischen, vor allem amerikanischen Kapitals zu geraten. Die amerikanischen Imperialisten sind die größten Feind des brasilianischen Volkes, während die andere Supermacht, der russische Sozialimperialismus, versucht, in Brasilien einzudringen. Die USA-Imperialisten kontrollieren über 80% der Wirtschaft des Landes, in ihren Händen befinden sich riesige Landgüter. Die brasilianische Armee wird von ihnen mit Waffen ausgerüstet und ist vollständig mit amerikahörigen Offizieren durchsetzt.

Nach den amerikanischen Imperialisten sind es aber vor allem die westdeutschen Imperialisten, die sich an der Ausplünderung und Ausbeutung des brasilianischen Volkes beteiligen und das faschistische Regime unterstützen. 25% alles außerhalb der Bundesrepublik investierten Kapitals haben die westdeutschen Imperialisten in Brasilien angelegt. Für die Konzerne Hoesch, Krupp, Mannesmann, Siemens, Daimler-Benz, Bayer, Hoechst usw. usf. sind in Brasilien Höchstprofite garantiert, wie nicht zuletzt das unlängst zwischen dem Regime und den westdeutschen Konzernen abgeschlossene Geschäft über den Bau von Atomkraftwerken zeigt. Auch der größte deutsche Konzern, VW, hat seine Klauen auf Brasilien gelegt. Hunderttausend Arbeiter schuften in den brasilianischen Betrieben von VW, wozu nicht nur die Autowerke gehören, sondern auch 120 weitere Betriebe in anderen Branchen. Hier gibt es nur Hungerlöhne und weder das Recht, zu streiken noch sich zu organisieren. Darüberhinaus hat VW, wie viele andere kapitalistische Konzerne auch, im Nordosten des Landes, im Bundesstaat Para, riesige Ländereien aufgekauft, um dort Hunderttausende von Rindern für den Export von Rindfleisch zu züchten, während Millionen Landbewohner hungern und von ihrem Land vertrieben werden. Das zeigt, daß die westdeutschen Imperialisten Feinde des brasilianischen Volkes sind, die die faschistische Diktatur unterstützen, weil sie ihren imperialistischen Ausbeuterinteressen nützt.

Die Krise, die durch das faschistische Regime, den Ausverkauf des Landes an den Imperialismus, hervorgerufen worden ist und die das Volk noch tiefer ins Elend stürzen wird, muß mit dem verstärkten Kampf zum Sturz der Diktatur beantwortet werden. An der Spitze dieses Kampfes steht die Kommunistische Partei Brasiliens, die allen Schlägen undgungen durch das Regime standgehalten hat und bewiesen hat, daß sie eine starke und unbesiegbare Partei ist.

Das ist das Ergebnis des kompromißlosen Kampfes, den die Kommunistische Partei Brasiliens gegen die verräterische und feindliche Tätigkeit der modernen Revisionisten in ihren eigenen Reihen geführt hat. Diese Elemente versuchten schon sofort nach dem 2. Weltkrieg unter dem Einfluß des Renegaten Browder die Kommunistische Partei aufzulösen. Sie predigten den friedlichen Weg zur Befreiung und behaupteten, daß der Staat der brasilianischen Ausbeuterklassen auf friedlichem Weg in ein Instrument des Volkes verwandelt werden könnte. Nach ihrer Niederlage traten in den 60er Jahren ihre Nachfolger mit Prestes an der Spitze mit den gleichen Behauptungen auf, wobei sie sich auf die Thesen der revisionistischen Chruschtschow-Clique stützten. 1964, als die Militärs durch den Staatsstreich die Macht ergriffen, bewies das Leben die ganze Gefährlichkeit ihrer Theorien und ihren schändlichen Verrat an der Revolution.

Die marxistisch-leninistischen Revolutionäre hatten sich aber schon 1962 von den modernen Revisionisten getrennt und die Partei reorganisiert. „A Classe Operaria", das Zentralorgan der KP Brasiliens schrieb einige Jahre später: „*Nur das Proletariat kann die antiimperialistische Bewegung führen. ... Das Proletariat kann aber seine Vorhutrolle nur dann spielen, wenn es von seiner Vorhut, der kommunistischen Partei geführt wird, die sich von der marxistisch-leninistischen Theorie leiten läßt. ... Ohne ihre wirkliche revolutionäre Partei und ohne feste Verbindungen zu ihr bleibt die Arbeiterklasse nur ein Spielball der demagogischen Manöver ... der Bourgeoisie.*"

Die Kommunistische Partei Brasiliens kämpfte von Anfang an dafür, alle unterdrückten Klassen und Schichten des Volkes in einer Front gegen den US-Imperialismus und die einheimischen Ausbeuterklassen zusammenzuschließen, um die Freiheit und Unabhängigkeit zu erlangen. Sie hielt auch immer daran fest, daß Freiheit und Unabhängigkeit nur errungen, der Sturz des Regimes und die Vertreibung der Imperialisten nur mit dem Gewehr, durch den revolutionären Volkskrieg erkämpft werden können. **Sie hat deshalb von Anfang an den Kampf der Partisanen von Araguaia unterstützt und geleitet.**

Seitdem dieser Kampf vor drei Jahren begonnen wurde, ist er zum Vorbild für die unterdrückten Volksmassen im ganzen Land geworden. Heute weist die Kommunistische Partei Brasiliens auf die Aufgaben hin, den Weg des bewaffneten Widerstandes von Araguaia genau zu studieren, Lehren daraus zu ziehen und überall kleine mit den Massen verbundene Partisanenfreischaren zu bilden, damit der revolutionäre Kampf vorangetrieben wird. Es gilt, alle anderen Kämpfe, in denen die kommunistischen Kämpfer an der Spitze der Volksmassen stehen müssen, auf die Erweiterung des bewaffneten Kampfes hin zu orientieren.

Heute ist die Situation günstiger denn je, denn der Haß der Volksmassen gegen die Militärdiktatur, den eingeschworenen Feind der Freiheit, der Unabhängigkeit und des sozialen Fortschritts wächst immer mehr. **Die Tatsache, daß an der Spitze dieser Bewegung die kampferprobte marxistisch-leninistische Kommunistische Partei Brasiliens steht, ist die sichere Gewähr dafür, daß das brasilianische Volk alle seine Feinde niederringen, Freiheit, Unabhängigkeit und Demokratie erkämpfen wird und daß die Früchte der Revolution immer in den Händen des Volkes bleiben.**

Beileidsadresse

Mit Bestürzung und Trauer haben wir die Nachricht erhalten, daß Genosse Armando Teixeira Frutoso, Mitglied des Politbüros der marxistisch-leninistischen Kommunistischen Partei Brasiliens, unter den Foltern der brasilianischen Faschisten gestorben ist.

Genosse Armando Teixeira Frutoso war ein alter kommunistischer Kämpfer, der den Reihen der Kommunistischen Partei Brasiliens 1945 im Alter von 21 Jahren beigetreten ist.

Genosse Armando Teixeira Frutoso hielt das Banner des Marxismus-Leninismus hoch und kämpfte entschlossen gegen den Verrat des modernen Revisionismus. Seit 1964 gehörte er der revolutionären proletarischen Partei an. Genosse Armando Teixeira Frutoso wurde am 30. August 1975 in Rio de Janeiro verhaftet, fürchterlich gefoltert und starb schließlich unter den Händen der Mörder.

Aber sein Tod wird die Entschlossenheit der marxistisch-leninistischen Revolutionäre, das verhaßte faschistische und amerikahörige Regime der Generäle zu stürzen, nur noch mehr verstärken. Das brasilianische Volk, die Arbeiterklasse, die armen Bauern, die Werktätigen in Stadt und Land werden sich unter der Führung ihrer Partei, der Kommunistischen Partei Brasiliens in der Volksrevolution erheben. Der Weg der Partisanen von Araguaia, die seit drei Jahren, von der Partei geleitet, mit dem Gewehr in der Hand, den revolutionären Volkskrieg führen, ist der Weg des ganzen brasilianischen Volkes, um sich zu befreien.

Wir verneigen uns in Trauer vor dem Andenken an Genossen Armando Teixeira Frutoso, der sein Leben im Kampf für die Revolution, für den Triumph der gerechten Sache der brasilianischen Arbeiterklasse und des ganzen Volkes hingegeben hat.

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Solidarität mit dem isländischem Volk!

Die britischen Imperialisten mußten ihre Kriegsschiffe aus den isländischen Gewässern zurückziehen. Das ist ein erster Erfolg des gerechten Kampfes des isländischen Volkes gegen die imperialistische Aggression und Raubfischerei zur Verteidigung seiner Fischfanggründe, der 200 Seemeilenfischfangzone und der nationalen Souveränität.

Errungen werden konnte dieser Erfolg durch die Entschlossenheit der isländischen Arbeiter, Fischer und anderen Werktätigen, die zahlreiche Aktionen und Kämpfe gegen die NATO-Stützpunkte wagten — von Demonstrationen und Protestmärschen bis hin zu militanten Blockaden der Zufahrtswege zu den Stützpunkten — um die britischen Imperialisten und ihre „Nato-Verbündeten" zum Rückzug zu zwingen. Der sogenannte „Kabeljaukrieg" hat dem isländischen Volk erneut den aggressiven Charakter des imperialistischen NATO-Paktes gezeigt, der vor allem das Instrument der USA-Imperialisten ist, um das isländische Volk zu unterdrücken und seiner Kontrolle zu unterwerfen.

Die isländischen Marxisten-Leninisten des Kommunistischen Einheitsbundes/ML (EIK/ML), die gleichzeitig zur Wachsamkeit vor dem russischen Sozialimperialismus aufrufen, schreiben daher in einer Erklärung: *„Der NATO-Block hat ebenfalls seine Aggressivität und seine Gier gezeigt, die Naturreichtümer Islands zu beherrschen. Er hat Druck auf die isländische Regierung ausgeübt, um sie zum Nachgeben und zum Abschluß eines ungerechten Vertrages zu zwingen. Er hat Kriegsschiffe in die isländischen Gewässer geschickt, um auf diese Weise eine kleine Nation, die nicht einmal eine Armee, eine Flotte oder eine Luftwaffe besitzt, einzuschüchtern."*

„Darüber hinaus haben die britischen Imperialisten und Islands ‚NATO-Verbündete' damit gedroht, die Handelsbeziehungen abzubrechen und so versucht, den Kampfgeist und die Entschlossenheit des isländischen Volkes zu brechen. ***Dies zeigt klar die wirkliche Natur der NATO, ihre imperialistische Aggression gegen die Völker und kleinen Nationen, ihre brutale und arrogante Plünderung der Reichtümer eines kleinen Landes, wie Island es ist."***

Angesichts der Aggression der britischen Imperialisten gegen das isländische Volk ruft auch „The Worker", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Britanniens/ML, die britische Arbeiterklasse und die Fischer auf, den gerechten Kampf des isländischen Volkes zu unterstützen. *„Um den Grundsatz aufrechtzuerhalten, daß die Reichtümer der ganzen Welt den Kapitalisten zustehen, um sie nach Belieben zu vernichten und über sie zu verfügen, geht die Labourregierung, die schon dabei ist, die Reichtümer Britanniens zu verschleudern, bis an den Rand des Krieges."* „The Worker" ruft die britische Arbeiterklasse auf, nicht gegen Island zu kämpfen, sondern sich dafür einzusetzen, die britischen Fischfanggründe *„gegen die marodierenden bürgerlichen Piraten, die eigenen und die der anderen Länder, zu verteidigen"*.

Die isländischen Marxisten-Leninisten klagen in ihrer Erklärung weiter die isländische Monopolbourgeoisie und die Regierung an, mit den westdeutschen Imperialisten einen Vertrag auf dem Rücken des isländischen Volkes abgeschlossen zu haben, ihnen in dem Vertrag außergewöhnlich hohe Fischfangquoten zugestanden zu haben. **Tatsächlich gehören die westdeutschen Imperialisten nach wie vor zu den größten Plünderern der isländischen Fische. Die westdeutschen Imperialisten hatten den Vertrag zu ihren Gunsten durch massive Drohungen und eine elfmonatige Blockade gegen die Anlandung von isländischem Fisch in westdeutschen Häfen erzwungen.** Unterstützen wir den gerechten Kampf des isländischen Volkes gegen imperialistische Aggression und Raubfischerei!

Die isländischen Marxisten-Leninisten schließen ihre Erklärung mit der Parole: **„Island den isländischen Arbeitern und anderen Werktätigen!"** und drücken damit ihre Entschlossenheit aus, das isländische Volk zum Kampf gegen alle ausländischen und einheimischen Unterdrücker für seine soziale und nationale Befreiung zu führen.

SPENDET FÜR DEN AUFBAU DES BEFREITEN KAMBODSCHA
Vorstand der KPD/ML
— Spendenkonto —
Stadtsparkasse Dortmund
Kto.-Nr. 321 004 547
Stichwort: KAMBODSCHA

Es lebe Kolumbien!

Vor 7 Jahren begann das kolumbianische Volk unter Führung der KP Kolumbiens/ML den revolutionären Volkskrieg, um sich von der Herrschaft des US-Imperialismus und der einheimischen Ausbeuterklassen zu befreien und die Volksrepublik Kolumbien zu errichten. „Es lebe Kolumbien" ist ein Lied der Kämpfer der Volksbefreiungsarmee.

Es lebe Kolumbien,
ich bin Guerilla,
diene meinem Volk
und der Freiheit,
kämpfe auf den Feldern
kühn und wild
führe ich Kämpfe
unermüdlich.

Unter dem Krachen
der MPi-Garben
bearbeite ich das Land,
lade ich das Salz.
Ich erfülle die Weisungen
meiner Partei
für den Triumph
der Freiheit.

Die gerechte Sache
des Unterdrückten
verteidigen wir
mit Würde,
weil sie gewaltig ist,
weil sie herrlich ist,
und die ganze Welt
erheben wird.

Darum singe ich
im Kampfe.
Angst vor dem Tod
kenne ich nicht.
Wir nähern uns
dem Sieg
und unser Land
wird frei sein.

HÖRT DIE REVOLUTIONÄREN SENDER

RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
1. Programm	
13.00-13.30	32 m und 41 m (KW)
16.00-16.30	32 m und 41 m (KW)
19.00-19.30	41 m und 50 m (KW)
2. Programm	
14.30-15.00	32 m und 41 m (KW)
18.00-18.30	32 m und 41 m (KW)
21.30-22.00	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
3. Programm	
6.00-6.30	41 m und 50 m (KW) und 215 m (MW)
23.00-23.30	41 m und 50 m (KW) und 206 m (MW)

32 m entspricht 9,26 MHz (KW)
41 m entspricht 7,23 MHz (KW)
50 m entspricht 5,95 MHz (KW)
215 m entspricht ca. 1400 KHz (MW)



RADIO PEKING

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
19.00-20.00	43,3m, 42,7m und 38,5m (KW)
21.00-22.00	ebenso

43,3m entspricht 6,92 MHz (KW)
42,7n entspricht 7,01 MHz (KW)
38,5m entspricht 7,78 MHz (KW)

"Messerstiche"-mit einem Rehbockgehörn

„Messerstiche! Attentat auf Kohl!“ — Das war die Schlagzeile von „Bild“ am 21. 1. 76. Die „Welt“ wußte auch die Anzahl der Messerstiche zu melden. „Kohls Leibwächter durch zwei Messerstiche verletzt“, hieß es dort am 21. 1. 76 auf der ersten Seite. Die „Süddeutsche Zeitung“ meldete am 21. 1. 76 ebenfalls auf der ersten Seite „Tumulte um Kohl in Freiburg — Leibwächter durch Stiche verletzt“. Sie wußte zwar nichts Genaues über die Zahl der Stiche, dafür aber über die näheren Begleitumstände: „... kamen die Stiche aus einer Menge heraus, aus der gleichzeitig versucht worden sei, mit ‚Stöcken, an denen sich metallene Greifer befanden‘, dem Ministerpräsidenten und seinen Begleitern ‚die Füße wegzuziehen‘.“

Über die „Attentäter“ war man sich selbstverständlich einig: „Linksextreme“, die eine Veranstaltung mit Kohl in der Freiburger Universität stören wollten. Auch ein Journalist, der als Augenzeuge des Geschehens von all dem nichts gesehen hatte, konnte niemanden beirren. Schließlich, jeder Augenzeuge kann sich irren. Wer aber wird anzweifeln, daß man die Demokratie gegen die „Linksextremisten“


VELEMINT
Ihr Pfefferminz.
Mittwoch, 21. Januar 1976 - 25 Pf
Bild
Messerstiche! Attentat auf Kohl

verteidigen muß? Soll man also wegen eines (!) Augenzeugen, praktisch auf bloßen Verdacht hin, darauf verzichten, die Öffentlichkeit darüber aufzuklären, daß alle Kommunisten Messerstecher und heimtückische Verbrecher sind? Und noch dazu, nachdem Bundesjustizminister Vogel nur 5 Tage vorher im Bundestag bei der Debatte um die Verabschiedung des Gesetzes gegen die Befürwortung der Gewalt vor weiteren Anschlägen der „Terroristen“ gewarnt hatte?

Natürlich nicht. Wer ein „wehrhafter Demokrat“ ist, zeigt Zivilcourage und klebt nicht ängstlich an Beweisen. Die werden sich schon finden. Und so druckte die CDU Zehntausende von Flugblättern zwecks Aufklärung der Öffentlichkeit und die „Süddeutsche“ schrieb am 21. 1. 76 hoffnungsfroh: „CDU-Sprecher Willi Weiskirch berichtete in Bonn, der Anschlag habe möglicherweise dem Parteivorsitzenden gegolten. Dies wurde auch vom leitenden Freiburger Polizeidirektor Albert Maier nicht ausgeschlossen, der nähere Aufschlüsse, auch über den Täter, von der Auswertung der bei den Tumulten gemachten Filmaufnahmen erwartete.“

Aber just diese Filmaufnahmen und der unbestechliche Kommunistenhaß eines CDU-Opas brachten das Kommunistenhalali jäh zum Stocken. Die Nachrichten am nächsten Tag mußten wohl oder übel melden, daß es sich bei den Attentätern nicht um jugendliche Linksextremisten gehandelt habe, sondern um einen 61jährigen Mann; daß dieser Anschlag mittels eines Rehbockgehörns auch nicht Kohl oder seinem Begleiter gegolten habe, sondern vielmehr einem vermeintlichen Linksextremisten, da es sich bei dem Mann um ein CDU-Mitglied handele.

Überflüssig zu sagen, daß ein Aufschrei der bürgerlichen Presse „Attentat auf vermeintlichen Kommunisten“ ausblieb. Man weiß als Demokrat schließlich, daß es ein „Faustrecht“ in der Bundesrepublik nicht gibt, und daß es nur die Kommunisten sind, die diesen öffentlichen Frieden immer wieder durch Gewalttätigkeiten stören. Um **das** der Bevölkerung zu erklären, wird man bezahlt und nicht für simples Tatsachen-Aufzählen. Und deshalb vergaß auch keiner der bürgerlichen Schreiberlinge zu erwähnen, daß immerhin drei Polizisten verletzt worden seien. Natürlich war das nichts im Vergleich zu einem Kohl oder einem Kohl-Begleiter. Aber Kleinvieh macht auch Mist. Und es wird schon wieder eine Gelegenheit kommen ...

Für diesmal ist eine neue Kampagne der „inneren Sicherheit“, zum „Schutz des Bürgers“ im bundesweiten Gelächter erstickt. Man war zu siegessicher und wollte zu hoch hinaus. Aber man sollte nicht nur lachen, sondern auch sehen, nach welchem Muster diese Kampagnen gestrickt werden — dann nämlich, wenn kein Filmmaterial der Öffentlichkeit vorgeführt wird und wenn kein CDU-Mann oder sonstwer im unpassendsten Augenblick damit herausplatzt, wie er die Demokratie verteidigte.

Training für den Todesschuss



Das Photo zeigt das Schießtraining einer 20 Mann starken MEK-Einheit, die in Frankfurt neu aufgestellt wurde. Zynischer Kommentar der „Frankfurter Rundschau“: „Die MEK-Leute sollen nicht martialisch aussehen und nicht mit dem Säbel rasseln, sondern lautlose Arbeit verrichten.“ Eingerichtet wurde dieses Sonderkommando auf der Grundlage einer Anordnung des hessischen Innenministeriums.

Wer dieses Photo sieht, der weiß, daß die zahlreichen Polizeimorde in den letzten Jahren — insgesamt wurden mehrere hundert Menschen von der Polizei erschossen — keine Einzelfälle sein können. Nehmen wir nur das Beispiel des vom Polizeibeamten Diehl erschossenen Jugendlichen Erich Dobhardt.

In der Entscheidung des Bundesgerichtshofes, mit der der endgültige Freispruch Diehls begründet wurde, heißt es über die tödlichen Schüsse: „... gab er (der Polizist — RM) einen gezielten Schuß auf dessen Bein ab. Der Schuß traf Dobhardt jedoch in den Rücken und hatte dessen Tod zur Folge.“ Und an anderer Stelle heißt es: „Die Abgabe eines gezielten Schusses auf das Bein des Flüchtenden war auch nicht deshalb unzulässig, weil sie mit dem Risiko der Tötung behaftet war. Jeder Schußwaffengebrauch, insbesondere wenn er mit einer Faustfeuerwaffe erfolgt, beinhaltet ein solches Risiko.“

Ein Kommentar zu „gezielten Schüssen auf die Beine“ und dem „Risiko der Tötung“ erübrigt sich wohl angesichts dieses Schießstandes der Frankfurter Polizei, der nur noch Personen ohne Beine kennt.

Die Tatsache, daß solche Schießstände auf Anweisung des Innenministeriums eingerichtet werden; die Tatsache, daß der polizeiliche Todesschuß jetzt pauschal per Gesetz erlaubt werden soll — all das widerlegt nicht nur die Lüge vom „Einzelfall“, sondern beweist gleichzeitig, daß der kapitalistische Staat tatsächlich ein Gewaltapparat ist. Gerichtet — das zeigen nicht nur die tödlichen Schüsse, sondern auch die Knüppeleinsätze — gegen das werktätige Volk. Gegen einen solchen Gewaltapparat aber können Worte — und seien sie noch so überzeugend — nichts ausrichten. Da nützt die Entlassung eines einzelnen Polizisten, die Absetzung eines einzelnen Polizeipräsidenten nichts. Der einzige Ausweg liegt hier in der revolutionären Gewalt des Volkes, im Kampf für den bewaffneten Sturz des imperialistischen Staates in der sozialistischen Revolution.

Stromanschluss für alle?



In einem Text zu diesem Foto berichtete die Agentur dpa stolz, daß der höchstgelegene Bergbauernhof Westdeutschlands noch rechtzeitig zu Weihnachten an das Stromnetz angeschlossen sei. Vielen Zeitungslesern wurde dabei erst einmal deutlich, daß es heute immer noch Gebiete gibt, die nicht elektrifiziert sind. Nehmen wir nur das stets als Weltstadt gepriesene Westberlin. Dort gibt es in dem Dorf Eiskeller bis auf den heutigen Tag für die Gehöfte keinen Strom. Und wie die Westberliner Verwaltung zusicherte, wird sich das in den nächsten Jahren nicht ändern: Der Anschluß an das Stromnetz koste zuviel Geld.

Die Volksrepublik Albanien dagegen, die von der bürgerlichen Hetze zumeist als „rückständiges Land“ verleumdet wird, hat bereits 1970 die vollständige Elektrifizierung des Landes abgeschlossen! Unter der Diktatur des Proletariats werden eben keine Mittel gescheut, um allen Werktätigen die Vorzüge der Elektrizität zu verschaffen.

Musterexemplar der „modernen Kunst“

"Bremer Schrottkiste"



„Bremer Schrottkiste“ und „Nicht nur dieses ‚Kunstwerk‘, verrottet ist das ganze Gesellschaftssystem“ wurde von Bewohnern des Bremer Stadtteils Woltmershausen auf dieses Machwerk gemalt, das von der Stadt für einen Haufen Geld als „Kunst“ eingekauft worden war. Nachdem trotz zahlreicher Bemühungen die Bevölkerung auch nach einem Jahr ihre Ansicht nicht geändert hat, soll ihr jetzt auf einer eigens vom zuständigen Regierungsdirektor organisierten öffentlichen Diskussion das Wesen der „modernen Kunst“ nahegebracht werden.

Die „Bremer Schrottkiste“ ist nur ein Beispiel dafür, wie verrottet die bürgerliche Kunst heute ist. Genauso sind die Parolen auf diesem Machwerk auch nur eines von vielen Beispielen dafür, daß die Werktätigen sich nicht vom „Argument des fehlenden Kunstverstandes“ einschüchtern lassen, sondern den Dingen die Namen geben, die sie verdienen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Bestellschein

An Verlag G. Schubert

Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

○ **Abonnement ab Nr. .....**
○ **Probenummer**

....
Name, Vorname

....
Straße

....
PLZ, Ort

....
Datum, Unterschrift

Preis 30 DM. Der Betrag ist im voraus zu überweisen auf PSchKto Dortm. 417 06 — 466 oder Stadtsparkasse Dortmd. Nr. 321 004 393. Das Abonnement verlängert sich um 1 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der VR Albanien und Veröffentlichungen des Verlages ROTER MORGEN bezogen werden.

○ Ich möchte besucht werden. Ich bitte um Informationsmaterial ○
(Bitte ankreuzen und an das nächstgelegene Parteibüro einsenden).

Zentrales Büro, Redaktion ROTER MORGEN und Landesverband (LV) NRW: 46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103. Tel.: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15-18, Sa 10-14 Uhr.

PARTEIBÜROS:

LV Wasserkante, Hamburg, Buchladen „Roter Morgen“, Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 43 99 37, Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

LV Niedersachsen, Hannover, Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62, Öffnungszeiten: Di und Do 16.30 bis 19.00, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621 / 37 67 44, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, Stuttgart, Buchladen „Roter Morgen“, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, München, Buchladen „Roter Morgen“, Thalkirchner Str. 19, Tel.: 089 / 77 51 79, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen“, Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4652807, Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen“, Sudbrackstr. 31. Öffnungszeiten: Mo, Do und Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Bochum, Dorstener Str. 86. Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 7.30-19.00, Sa 10-13 UHR.

Bremen-Walle, Waller Heerstr. 70. Öffnungszeiten: Do und Fr 16.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Duisburg-Hochfeld, Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Di und Do 16.00-18.30, Sa 10.00-13.00 Uhr.

Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen“, Burgstr. 78

Kiel, „Thälmann-Buchladen“, Reeperbahn 13. Tel.: 0431 / 74 762. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Köln-Kalk, Buchforststr. 105 b. Öffnungszeiten: Di und Do 17.00-19.00, Sa 9-13 Uhr.

Lübeck, Buchladen „Roter Morgen“, Marlesgrube 58. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

Münster, Buchladen „Roter Morgen“, Bremer Platz 16. Tel.: 0251 / 65 205. Öffnungszeiten: Mo-FR 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.

Gemeinsame Veranstaltung von KPD/ML und GRF (KPD)

WESTBERLIN, 3. 2., 19.00 Uhr,
„Zur Einheit der Marxisten-Leninisten“
Neue Welt, Hasenheide, gr. Saal

Diskussionsveranstaltung von KPD/ML und GRF (KPD)

BOCHUM, 6. 2. 76, 19.30 Uhr.
„Wie muß der Kampf gegen den modernen Revisionismus geführt werden?“
Ortsbüro der GRF (KPD)
Metzstr. 4